

# Say their names: Shukri Abdi!

*Resa Ludivine*

## **Kennst du eigentlich Shukri Abdi?**

Nein? Du solltest aber ihren Namen kennen. Shukri Abdi aus Somalia war gerade mal zwölf Jahre alt, als sie starb. Als schwarze Muslima hatte sie es nicht leicht. Erst musste sie fliehen und dann in England, vermeintlich in Sicherheit, wurden ihr ihre Mitschüler\_Innen zum Verhängnis. "Get in the water or I'll kill you" haben ihr Mitschüler\_Innen gesagt, die sie zuvor gemobbt hatten. Fünf gegen Eine. Shukri ertrank im Fluss.

Vor Gericht sagten die anderen Kinder aus, dass Shukri um Hilfe geschrien hatte. Nur ein Kind versuchte, ihr zu helfen. Die anderen Kinder sahen es auch nicht für notwendig an, Hilfe zu holen. Eines der Kinder soll sogar zugegeben haben, dass es beim Anblick von Shukris Kampf mit dem Wasser wusste, dass sie sterben würde.

Ein tragischer Einzelfall also? Rassistisches, aber auch antisemitisches Mobbing oder Mobbing aufgrund deiner sexuellen Identität gehören nicht nur in Shukris Fall, sondern wahrscheinlich an jeder Schule zur Tagesordnung. Die Kinder und Jugendlichen versuchen zumeist zu verstecken, wofür sie diskriminiert werden. Kommt es dennoch zu Mobbingvorfällen, Hänseleien oder Beleidigungen durch Mitschüler\_Innen oder das Lehrpersonal ist der letzte Ausweg oft der Schulwechsel. Aber als nicht-weiße Person kannst du dich in einer Umgebung, die vor allem weiß dominiert ist, wie in Deutschland, England oder den USA, nicht verstecken.

Die Polizei sprach nach dem Ertrinken von Shukri von „keinen verdächtigen Umständen“, die zu ihrem Tod geführt hätten. So schützt die Polizei nicht nur Jeden vor dem Verdacht des Mobbings (was an sich schon schlimm genug und viel zu oft klein geredet wird), sondern auch Jeden vor dem Vorwurf des Rassismus. Denn hätte man Mobbing oder Diskriminierung ernstgenommen, wäre Shukri wohl heute noch am Leben. Doch hält man es allzu oft nur für eine Kleinigkeit, eine Kleinigkeit unter Kindern, ein paar „kleine“ Witze, eine „kleine“ Beleidigung.

Schaut man sich die Zahlen der letzten Jahre (am Beispiel Berlin) an, sieht man, dass die meisten dokumentierten Vorfälle von Diskriminierung - auf der Straße und in der Schule - rassistisch motiviert sind. Im Schuljahr 2016/17 waren es 106 von 170 Vorfällen, die bei offiziellen Stellen eingegangen sind. Doch ist die Dunkelziffer, gerade bei abgeschlossenen Räumen im persönlichen Sozialraum, in dem auch noch Hierarchien (bspw. Lehrer\_In-Schüler\_In) vorhanden sind, bekanntermaßen größer. Allerdings macht das Nichtvorhandensein dieser Zahlen das Problem und die Bedrohung, die von Rassismus ausgeht, nicht weniger real. Wie real, wurde 2018, bei einem Besuch einer Schule, in der es rassistische Vorfälle unter der Lehrer\_Innenschaft gab, durch die schwarze Anti-Diskriminierungsbeauftragte Saraya Gomis demonstriert. Saraya wurde bei ihrer Intervention rassistisch diskriminiert bis dahin, dass eine Lehrerin zum „Protest“ eine Affenmaske trug. Mittlerweile ist sie von ihrem Amt zurückgetreten. In diesem Umfeld sollen also Kinder Antirassismus, sowie Antidiskriminierung leben und lernen?

Am 27.6.2019 endete das kurze Leben von Shukri Abdi. Erst ein Jahr später, da nun die Proteste für die Gleichberechtigung schwarzen

Lebens Millionen Menschen weltweit auf die Straße treiben, werden auch Stimmen in der Lokalpolitik lauter, die eine weitreichendere Untersuchung zur Aufklärung des Todes fordern.

### **Das war auch kein tragischer Einzelfall, sondern Alltag.**

Shukri ist eine von Tausenden. Unsichtbar. Nicht so brisant wie Polizeigewalt, weil dort das Machtgefälle offensichtlicher verteilt scheint und es offensichtlich der bürgerliche Staat ist, der seine Machtposition ausnutzt. Doch Rassismus ist ein System, das schon in Kindertagen anfängt. Nicht weil Kinder von Geburt an rassistisch wären, sondern weil eine zunehmend rassistische Gesellschaft von Anfang an Diskriminierung vorlebt und weißen Privilegien kein Alter nennt. Diese Privilegien bestimmen schon vor der Geburt den Zugang zu Krankenversorgung, Behandlung durch das medizinische Personal, später dann die Aufnahme in Schulen usw. Sich dessen bewusst zu werden, ist zwar ein erster Schritt, bringt den Betroffenen dennoch nichts. Zu dem Vorsatz „kein Täter werden“ gehört nämlich auch Solidarität. Solidarität kann man lernen und hätte Shukri im Todeskampf wohl auch geholfen. Eine vollständige Gleichberechtigung kann es nicht allein durch das Bewusstwerden weißer Privilegien hergestellt werden. Wir müssen diese Privilegien abschaffen und auf den Müllhaufen der Geschichte deponieren, sowie das System, das hinter dem Rassismus steckt, bekämpfen. Denn es sind nicht nur rassistische Positionen und Einzelpersonen, sondern es ist ein System. Ein System, das auf Abhängigkeit beruht- so z.B. zwischen imperialistischen Nationen und Halbkolonien. Im Kapitalismus wird es keine Lösung für dieses Problem geben. Die Devise ist also: Kein Antirassismus

ohne

Sozialismus und kein Sozialismus ohne Antirassismus!

Das war die Geschichte von Shukri Abdi. Rest in power.

---

# **Tönnies enteignen! Ausbeutung von Mensch und Natur stoppen!**

Über 1500 Arbeiter\_innen haben sich in Nordrhein-Westfalen durch ihre Arbeit in der Schlachtfabrik „Tönnies“ mit Covid19 infiziert, Tendenz steigend. Schon vor einigen Wochen kam es zu den ersten Corona-Fällen

im Betrieb, doch der Konzern hat seine Fleischproduktion munter weiter hochgefahren. Auch bei anderen Fleischproduzenten in Niedersachsen wie Wiesenhof und Danish Crown kam es zu weiteren Infektionsausbrüchen. Dass es zu

erneuten Masseninfektionen in Deutschland gekommen ist, bleibt ein Ergebnis der

Lockerungs- und Öffnungspolitik, die die Groko mit Unterstützung aller anderen

Parteien auf Druck der Wirtschaft und der internationalen Konkurrenz durchgezogen hat. Profite zählen hier also mehr als unsere Gesundheit!

Dass sich an dieser Logik orientiert wird, zeigen auch die miserablen Arbeitsbedingungen und die massive Ausbeutung von Mensch und Natur

in den Schlachthöfen. Tiere, die ein ähnliches Intelligenzlevel wie ein 3-jähriges Menschenkind haben, werden dort unter großem Leid im Sekundentakt

geschlachtet und von Arbeiter\_Innen am Fließband in bis zu 12 Stunden langen

Schichten in ihre Einzelteile zerlegt. Die meisten der Arbeiter\_Innen in der Fleischindustrie stammen aus Osteuropa. Das geringe Lohnniveau an der Peripherie der EU wird von den Fleischproduzenten genutzt, um die Arbeiter\_innen hier mit unter dem Mindestlohn liegenden Gehältern abzuspeisen.

Durch Werkverträge und ein raffiniertes System aus Subunternehmen werden

Arbeitsstandards systematisch umgangen. Noch dazu werden die Arbeitsmigrant\_Innen in rattenbefallenen und verschimmelten Sammelunterkünften

untergebracht. Die Kosten für diese menschenunwürdigen Behausungen sowie der

Transport in die Fabrik werden ihnen dann auch noch vom ohnehin geringen Lohn abgezogen.

Viel zu spät wurden nun Quarantänemaßnahmen vor Ort ergriffen. Die Empörung der Parteien, die sich jetzt über die schlimmen Bedingungen in der Fleischindustrie zu Wort melden, ist nichts weiter als blanker Hohn. So waren die Arbeitsbedingungen und die schonungslose Ausbeutung

von Arbeitsmigrant\_Innen in der Fleischindustrie als auch in der Landwirtschaft,

in der Logistikbranche oder im Bau- und Gastronomiegewerbe schon lange bekannt.

Zudem haben sie mit der Agenda2010 diese Arbeitsbedingungen legalisiert und

damit überhaupt erst möglich gemacht. Ebenso waren sie es, die dem Druck der

Unternehmen nachgegeben haben, den Lockdown zu beenden.

Die Aufforderung von Grünen, NGOs und Tierschutzverbänden an die Verbraucher\_Innen kein „Billigfleisch“ mehr zu kaufen, stammt von Leuten,

die sich das Bio-Demeter-Schnitzel ohne Probleme leisten können. Für viele

Lohnabhängige in Deutschland ist das jedoch keine Option. Außerdem sind in ökologischen Schlachtbetrieben zwar häufig die Lebensbedingungen der Tiere ein wenig besser, jedoch ist damit noch nichts über die Arbeitsbedingungen im Betrieb gesagt. Mit ihren neoliberalen Lösungsvorschlägen verschieben die Grünen zudem die politische Verantwortung für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur, für die Aufrechterhaltung von Hygienemaßnahmen und für die Einhaltung von Arbeitsstandards von der Gesellschaft auf den\_ die individuellen Konsument\_In.

Auch wenn sich Linkspartei, SPD und Gewerkschaften nun durchgerungen haben, durch die gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit einige sinnvolle Forderungen aufzustellen, bleibt das Problem die kapitalistische Profitlogik. Solange ein Betrieb möglichst schnell möglichst viel Profit abwerfen muss, wird dies immer zu Lasten von Mensch und Natur gehen; irgendwo muss der Profit ja schließlich herkommen. Die einzige Möglichkeit ist es also, den Betrieb zu enteignen und unter Arbeiter\_Innenkontrolle zu stellen. So können die Beschäftigten selbst Arbeits- und Tierschutz überwachen und die Produktion den tatsächlichen Bedürfnissen anpassen.

Dies ist ein notwendiger Schritt, hin zu einer global und demokratisch geplanten Wirtschaft, die sich nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur ausrichtet und nicht nach dem Zwang, Profit zu erwirtschaften. Im Rahmen einer solchen Wirtschaftsordnung wäre es dann auch möglich, große Teile der Produktion von Fleisch- und Milchprodukten systematisch in pflanzliche Ersatzprodukte zu transformieren. Dies ist notwendig, da das aktuelle irrationale Ausmaß der Tierproduktion dem Fortbestand der Menschheit und ihrer weiteren Entwicklung objektiv entgegensteht. So zählt die Tierproduktion zu

den

größten CO<sub>2</sub>-Produzenten und den größten Nutzern landwirtschaftlicher Flächen.

Würde der menschliche Kalorienverbrauch fast vollständig mit pflanzlichen Produkten abgedeckt, würden ca. 75% der landwirtschaftlichen Nutzfläche überflüssig und könnten renaturiert und aufgeforstet werden, um mehr natürliche

CO<sub>2</sub>-Senken zu schaffen. Sobald nicht mehr Lobbypolitik und die Zurückhaltung

von Forschungsgeldern die Wissenschaft blockieren, wäre ebenso der Weg frei, um

umfangreich an pflanzlichen Ersatzprodukten sowie Fleisch, Milch und Käse aus

Zellkulturen zu forschen.

Ebenso haben die Corona-Pandemie, aber auch frühere

Pandemien wie die Vogelgrippe oder die Schweinegrippe, einen tierischen Ursprung, ganz abgesehen von den unmittelbaren gesundheitlichen Schäden, die

durch den übermäßigen Verzehr der Tierprodukte für den Menschen entstehen.

Damit also nicht auch die menschliche Gesundheit existenziell bedroht wird, muss

der Mensch ein neues Verhältnis zum Umgang mit Natur und Tierhaltung finden.

Ähnlich wie Kohleenergie waren Tiere in der

Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte eine notwendige Ressource.

Heute

sind Kohleenergie, Tierausbeutung sowie die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft theoretisch überflüssig geworden und stehen sogar der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung objektiv entgegen. Für die betreffenden

Arbeiter\_Innen muss dies neben einer Verbesserung der allgemeinen

Arbeitsbedingungen und einer Anhebung der Löhne auch kostenlose

Umschulungsangebote z.B. für die Produktion von pflanzlichen Produkten

bedeuten!

---

# 6 Gründe, warum wir eine linksradikale Antwort auf das Corona-Management der Bundesregierung brauchen

*Resa Ludivine*

Noch Mitte Februar hat die Bundesregierung versucht, die Gefahr der Corona-Pandemie kleinzureden. Der in China schon längst wütende Virus schien noch als ferne Kleinigkeit, eigentlich nur wie eine Grippe. Erstmal Abwarten war die Devise. Ende März sah die Lage dann schon ganz anders aus.

Es folgten zahlreiche Debatten über Wirksamkeit und Unwirksamkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Schulen, Unis und Kitas wurden geschlossen, weite Teile der Bevölkerung fanden sich in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit wieder. Bis Mitte Mai gab es auch in Deutschland starke Einschränkungen wie z.B. die Einschränkung des Versammlungsverbotes, die Abriegelung der Außengrenzen sowie die Schließung öffentlicher Einrichtungen.

## **1. Groko ist rassistisch!**

Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, entschied sich auch die BRD, nach langem Zögern, zu einer Art „lockdown-light“. Wo

andernorts

die Menschen wochenlang nur zum Einkaufen im nächstgelegenen Supermarkt vor die

Tür durften und bei Zuwiderhandlung kräftig zur Kasse gebeten wurden (wie bspw.

in Frankreich), gab es in Deutschland nur lokal beschränkt harte „lockdowns“.

Hintergrund dessen war nicht nur der Unmut in der Bevölkerung, sondern auch

Profitinteresse, weswegen es nicht verwundert, dass es zur Aufrechterhaltung

vieler unnötiger Arbeiten kam.

Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten in Deutschland

überproportional häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen. Insbesondere sie

sind es, die nun unter unzureichendem Infektionsschutz und mangelndem

Hygiene-Equipment auf ihren Arbeitsplätzen zu leiden haben. Außerdem sind sie

es, die häufig als erste entlassen werden.

Die Debatte um landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte aus

Osteuropa hat erneut gezeigt, dass im Kapitalismus Profitinteressen mehr als

Menschenleben zählen, da die Grenzen unkompliziert für dringend benötigte

Arbeitskräfte geöffnet werden konnten, aber schutzbedürftigen Geflüchteten

verschlossen blieben. Die schnellen Grenzsicherungen im gemeinsamen Block des

„Europas der Freizügigkeit“ zeigen auch, dass sich in der Krise nun doch jeder

Nationalstaat selbst am nächsten ist. Das gilt allerdings auch für die

europäischen Außengrenzen. Nicht nur an denen, sondern auch in Lagern für

Geflüchtete innerhalb Europas werden die Geflüchteten sich selbst überlassen.

Die schon vorher prekäre Lage verschlimmert sich. Doch wo nicht einmal

fließendes Wasser vorhanden ist und Menschen zusammengepfercht leben,

müssen

wir weder über Hygienevorschriften noch über „Social-Distancing“ reden.

Ein

gefundenes Fressen für das Virus. Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung für

alle! Portugal hat bewiesen, dass es möglich ist - gleich zu Beginn der Krise wurde allen Geflüchteten die Staatsbürger\_Innenschaft ermöglicht - damit sie

Zugang zum Gesundheitssystem haben. Doch hier in Deutschland fallen weiterhin

Menschen aus dem Raster der Gesundheitsmaßnahmen, nicht nur weil sie bspw. auf

der Straße leben und ihnen daher der Zugang erschwert ist, sondern auch weil

die, in den letzten Wochen so oft betonte Abstandsregelung, eben nur für

„Bürger\_Innen 1. Klasse“ gilt. Der Skandal um eine steigende Zahl der

Infektionen in Unterbringungen von Arbeiter\_Innen in Schlachthöfen hat das gezeigt. Dasselbe Problem haben wir aber auch in Unterkünften für Geflüchtete.

Gleichzeitig trifft Corona gerade auch viele Krisenregionen außerhalb Europas stark, wo nun Hilfsgüter, allen voran medizinische Hilfen, knapp werden, weil es entweder lieber im eigenen Land genutzt wird oder dem ausgesetzten Transport zum Opfer fallen. Von internationaler Solidarität ist keine Spur. Und wieder einmal zeigt sich die große Schere zwischen imperialistischen Staaten und Halbkolonien sowie deren Abhängigkeit. Ebenso dass die vorher herrschende „Normalität“ nach der so viele in den imperialistischen Staaten rufen, eine „Normalität“ gebaut auf Ausbeutung und Unterdrückung ist. Doch kam die „Normalität“ in Form von „Wiedereröffnung“ der deutschen Wirtschaft bei uns relativ schnell. Dieses Vorgehen gehört zu den kurzfristigen Maßnahmen, um die deutsche Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Gleichzeitig macht das unvorsichtige Vorgehen eine zweite Welle immer wahrscheinlicher. Eine Welle, die in Kauf genommen wird, nur um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

## 2. Groko ist unsozial!

Seit

Jahrzehnten erzählen uns Finanzminister\_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse. Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau

und Sparprogramme wurden mit dem Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung

möglichst gering halten zu müssen. Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende: Plötzlich ist massig Geld da und

die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe, sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt. Mit dem neuen Konjunkturpaket sollen nun weitere

130 Milliarden Euro investiert werden, um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu

bringen. Dabei wurden zuvor bereits mehrere Billionen Euro zu diesem Zweck an

Unternehmen verschenkt. Trotzdem prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute

immer noch einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten

Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Entweder denkt die Bundesregierung also,

dass es 130 weitere Milliarden jetzt rausreißen oder sie sieht angesichts ihrer

pro-kapitalistischen Haltung keine andere Möglichkeit als noch mehr Geld in die

Unternehmenskassen zu pumpen. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Die Corona-Pandemie hat

dabei die ohnehin massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt

Gerade wenn wir über den deutschen Tellerrand hinaussehen wird das umso klarer. Wer hungern muss und in Schulden gerät auch! Die Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung und des kapitalistischen Systems an sich, zeigt sich darin, dass die GroKo nicht einmal den starken Anstieg der Lebensmittelpreise unter Kontrolle bringen konnte. Im Vergleich zum April 2019 stiegen die Preise um ca. 14%. Bei laufenden Kosten, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit durch Corona ist klar, dass das gerade ärmere Haushalte schwer trifft. Die einmalige 300 Euro Unterstützungszahlung für Familien ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

### **3. Groko ist klimaschädlich!**

Mit der kommenden Wirtschaftskrise, deren Auslöser die Pandemie ist, rollt nun neben der Klimakrise eine weitere Krise auf uns zu. Obwohl es keine Zweifel daran gibt, welchen großen Anteil Autos und Flugzeuge an der Produktion klimaschädlicher Emissionen haben, machte die Groko im Handumdrehen Milliarden für die Automobilindustrie und Luftfahrtkonzerne frei. Die Kaufprämie für E-Autos, die mit dem neuen Konjunkturpaket beschlossen wurde, soll dabei als ökologisches Feigenblatt dienen. Dabei haben diese selber einen extrem hohen Ressourcenverbrauch und es ist nicht bewiesen, dass durch den Kauf eines neuen E-Autos tatsächlich Emissionen eingespart werden. Vielmehr stellt die Kaufprämie eine weitere Finanzspritze für die deutsche Autoindustrie im grünen Schafspelz dar. Auf der anderen Seite wird dann bei wesentlich klimafreundlicheren Fortbewegungsmitteln wie der Bahn nun kräftig gespart, sodass viele Beschäftigte entlassen werden sollen. Überdies nutzt die Groko die Tatsache, dass es durch Corona ein wenig ruhiger um die Umweltbewegung geworden ist, um das neue Steinkohlewerk „Datteln“ ans Netz zu bringen. Bei all dem, was uns in den Monaten zuvor über den Kohleausstieg erzählt wurde, ist das nun der Gipfel der Dreistigkeit. Unter dem Vorwand „die Wirtschaft zu retten“ werden also die kleinen ökologischen Fortschritte, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben, wieder rückgängig gemacht.

### **4. Groko ist sexistisch und jugendfeindlich!**

Zu den sozialen, langfristigen Folgen, für die sich die Groko nicht interessiert, gehört auch der Backlash den derzeit Frauen\* in der BRD erleben müssen. Die Krise hat gezeigt, dass gerade sie an vorderster Front belastet sind, weil sie in systemrelevanten Jobs für wenig Geld schuften und gleichzeitig noch die Reproduktionsarbeit daheim organisieren. In Heimarbeit wurden sie zurückgedrängt in ein Frauenbild der 50er Jahre. Klar ist, dass bei Entlassungen im Betrieb gerade sie betroffen sein werden. Nebenbei ist auch die Zahl häuslicher Gewalt gegenüber Frauen und Kindern nicht nur in Deutschland gestiegen.

Parallel dazu ist auch die Jugend stark getroffen, müssen wir doch um unseren Eintritt in den Arbeitsmarkt nach Ausbildung oder Studium bangen, um auf eigenen Beinen zu stehen. Noch fataler sieht die Lage bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus. Das Homeschooling hat Bildungslücken aufgerissen, die gerade für Kinder aus ärmeren Familien nicht zu schließen sein werden. Zu Hause müssen wir häufiger größere Anteile der Hausarbeit übernehmen, also einkaufen gehen, putzen, kochen und Care-Arbeit, also uns z.B. um Verwandte kümmern, die krank sind. Es gibt aber auch einige unter uns, die schon arbeiten oder eine Ausbildung machen. Dort sind wir die ersten, die entlassen werden, weil wir häufig nur Zeit- oder Honorarverträge, nur als Minijob angestellt sind, oder gar keinen offiziellen Arbeitsvertrag haben. Das macht es den Arbeitgeber\_Innen leichter, uns zu kündigen. In anderen Fällen, zum Beispiel im Supermarkt, Essenslieferanten, Landwirtschaft, sind wir die, die als erste wieder zur Arbeit geschickt werden, weil wir zu jenen gehören, die nicht in der Risikogruppe sind. Höhere Löhne will uns unser\_E Chef\_In trotzdem nicht zahlen.

## **5. Groko hat keinen Plan!**

Das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung zeichnet sich durch

ein starkes Hin- und Her-Schwanken aus. Mal wird alles heruntergespielt, dann werden vergleichsweise radikale Maßnahmen getroffen und dann wird wieder versucht alles schnell rückgängig zu machen. Grund dafür sind unter anderem die gespaltenen Kapitalinteressen der einzelnen Sektoren, die zum Teil noch angefeuert wurden durch den deutschen Föderalismus, der ein einheitliches Handeln noch weiter erschwert. Hierbei hat die GroKo noch Glück im Unglück, dass ihre Maßnahmen auf ein Gesundheitssystem treffen, dass nicht ganz so massiv wie in Großbritannien oder den USA heruntergespart wurde. Ihr Beitrag daran, dass die Maßnahmen erfolgreich erscheinen, ist demnach nur gering. Man darf sie daher nicht daran messen, sondern daran, wie sie mit den wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung umgeht. Hier zeichnete sich bereits kurz nach den pandemiebedingten Schließungen ihre Inkompetenz ab, für das Wohl und die Gesundheit der Bevölkerung zu entscheiden. Nicht nur die Stimmen der Coronaleugner\_Innen wurde immer lauter, auch die der Schlüsselindustrien, des Einzelhandels, des Gaststättengewerbes und weiterer Lobbygruppen, bis sie sich ihren Wünschen schließlich beugten. Besonders sticht heraus wie die einzelnen Bundesländer wetteiferten, ihre eigenen Kapitalinteressen zu befriedigen und die Entscheidungen der Bundesregierung dafür regelrecht untergraben wurden. Ein weiterer Grund für den Zickzack-Kurs der GroKo ist der internationale Wettbewerb zwischen den einzelnen Kapitalen. Wer die Wirtschaft zu erst wieder hochfährt steht auch besser in der Konkurrenz da und kann neue Marktanteile erobern. Das Wettrennen um Marktanteile sowie einen Impfstoff ist noch in vollem Gange.

## **6. Die „linke Opposition“ kuschelt lieber mit den Kapitalist\_Innen anstatt Widerstand aufzubauen!**

Dass selbst in der Krise nicht schnell gemeinsame Maßnahmen ergriffen wurden, zeigt die Schwäche der GroKo. Dass anstelle dieser Situation auszunutzen sich für den nationalen Schulterschluss entschieden wurde, zeigt hingegen die Schwäche der Sozialdemokratie, allen voran der Gewerkschaften.

Dieser Burgfrieden, der sich im Zuge der Krise formiert hat (sprich: alle Parteien arbeiten Hand in Hand mit Kapital und die Gewerkschaften schweigen)

geschieht angeblich im Sinne der „Bevölkerung“. Jedoch ist es keine Politik im

Sinne der Arbeiter\_Innenklasse! Anstelle dass sie und auch die Linkspartei alles kritiklos mittragen, hätten sie eine Opposition bilden müssen. Gegen die Massenentlassungen, gegen ein (im europäischen Vergleich geringes) Kurzarbeiter\_Innengeld, gegen die Aufrechterhaltung unnötiger Arbeit!

Die Krise hat einmal mehr die Schwächen des kapitalistischen Systems entlarvt, denn es kann nicht effizient die Pandemie bekämpfen und gleichzeitig die Wirtschaft retten. Jetzt ist der Zeitpunkt genau dies aufzuzeigen

und die Arbeiter\_Innen gegen die „Krisenpolitik“ der GroKo zu organisieren. Doch diese Intention war bei den Reformist\_Innen nie vorhanden und man schaut

lieber weiter schweigend zu, während die CDU am meisten vom Burgfrieden der

Linken profitiert. Sie versucht sich als „Partei der Vernunft“ zu inszenieren und greift parallel dazu Arbeitszeitregelungen sowie den lang erkämpften und

immer noch zu niedrigen Mindestlohn an, indem sie ihn nicht an die Inflation anpassen will. Solange die Politik des Burgfriedens von Linken, SPD und Gewerkschaften weiterverfolgt wird, wird sich die soziale Ungleichheit weiter

zuspitzen.

Wenn

wir den Rechten die Rolle der Opposition jedoch nicht überlassen wollen, brauchen wir also jetzt eine globale und klassenkämpferische Antikrisenbewegung,

die die Probleme der Menschen wahrnimmt, eine linke Kritik am Corona-Management

der Bundesregierung formuliert und internationale Solidarität lautstark auf

die

Straßen trägt. Und diese Antikrisenbewegung beginnt da, wo die Krise ist - im überlasteten Krankenhaus, in der Schule oder in den Fabriken, die unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen die Gesundheit der Arbeiter\_Innen

auf Spiel setzt. Gemeinsam mit Mitschüler\_Innen, Kommiliton\_Innen und Kolleg\_Innen muss vorort eine Opposition aufgebaut werden. Diese lokalen Komitees können dann Widerstand organisieren, bspw. wenn die 2. Welle kommt,

können sie durch Streiks die Werks- und Schulschließungen erzwingen. An SPD, Linke und Gewerkschaften

kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter\_Innenklasse zählt zu ihren Mitgliedern. Doch um aktiven

Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigen Arschtritt! Lasst

uns Aktionskonferenzen starten, an denen wir alle gemeinsam über ein Programm

und Aktionen diskutieren, die eine unabhängige Stimme der Unterdrückten darstellen und aus der Krise führen können. Dabei müssen wir den Anschluss an

bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus

in unser Aktionsprogramm integrieren.

Als

Kommunist\_Innen treten wir innerhalb dessen für eine sozialistische Perspektive

ein. Das heißt, dass wir die Produktion unter

Arbeiter\_Innenkontrolle organisieren müssen. Denn nur so entkoppeln wir die

Produktion von Profitinteressen, die nicht nur sicheren Arbeitsbedingungen, sondern auch bedarfsorientierter Produktion und Innovation - denken wir an den

Impfstoff - entgegenstehen. Ein dauerhafter Sieg sowohl über die pandemische, sowie auch die kapitalistische Krise kann nur die fundamentale Veränderung des Systems sein. Fest steht, dass im Sozialismus die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Krise nicht dort enden, wo die Kapitalinteressen anfangen. Auch der Profitdruck fällt weg. Es wäre demnach viel einfacher, systemirrelevante Betriebe zeitweise zu schließen, sowie die Produktion so umzustellen, dass notwendige Produkte vermehrt hergestellt werden.

---

# Kommunist\_Innen                      gucken Netflix: Élite

In unserer Serie „Kommunist\_Innen gucken Netflix“ diskutieren wir aktuelle Filme und Serien aus kommunitischer Perspektive. Im aktuellen Teil beschäftigen wir uns mit der Netflix-Serie **Élite**.

*Yuna Hibbelig*

„Wenn drei Teenager der Arbeiterklasse eine exklusive Privatschule in Spanien besuchen, führt der Konflikt zwischen ihnen und den wohlhabenden Schülern zu Mord.“ So wird die spanische Serie „Élite“ auf Netflix beworben. Das ist uns natürlich sofort ins Auge gefallen. In der Serie dreht sich alles um die elitäre, spanische Privatschule „Las Encinas“, an der sich die reichen Kinder der Stadtelite aufhalten (daher kommt auch der Name der Serie). Da die weniger elitäre Schule für die ärmere Bevölkerung „San Esteban“ aufgrund der Sparmaßnahmen der Investor\*innen im Brandschutz abgebrannt ist,

haben drei Schüler\*innen als Ausgleich oder besser gesagt zur Imageaufbesserung der Versicherungsfirma Stipendien für „Las Encinas“ bekommen - Samuel, Nadia und Christian. Diese drei Jugendlichen sind die besagten „Teenager aus der Arbeiterklasse“.

In den ersten zwei Staffeln wird der Mord an einer Mitschülerin behandelt, was dazu geführt hat und wer der\*die Täter\*in ist - aber das wollen wir euch nicht spoilern. In der dritten Staffel wird dann mit dem\*der Täter\*in und dessen ausbleibender Strafe umgegangen. Dazu gehören natürlich auch noch viele Romanzen, Intrigen und natürlich ganz viel Drama!

Die anderen Schüler\*innen von „Las Encinas“ begegnen den Schüler\*innen aus der Unterschicht gegenüber sehr feindlich und grenzen sie stark aus. Im Unterricht und während fast jedem Dialog werden dadurch auf die Klassenunterschiede aufmerksam gemacht: So betonen die elitären und reicheren Schüler\*innen oft das andere Verhalten und den anderen Stil der neuen Schüler\*innen, sagen ihnen nach, weniger zivilisiert oder dümmer zu sein und als einziges Ziel zu haben, ihnen ihr liebes Geld zu stehlen. Nadia wird außerdem für ihre Religion negativ angefeindet. Sie ist Muslima und trägt ein Kopftuch. So wird auf die verschiedenen Aspekte elitärer Haltungen, auf die immer präsente Schere zwischen arm und reich und die offen bestehenden Unterschiede aufmerksam gemacht und diese den Zuschauenden vor Augen geführt werden. Grundsätzlich bleibt es bis zum Ende der Serie ein Trend, die prekären und erschwerten Bedingungen in- und außerhalb der Schule für Samuel, Nadia und

Christian hervorzuheben.

## **Arbeiter\*Innenklasse oder Unterschicht?**

Wenngleich Netflix die ökonomischen Umstände von Nadia, Samuel und Christian als Arbeiter\*Innenklasse beschreibt, scheint das keine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit den Klassenunterschieden zu sein.

Über

Christians Klassenhintergrund erfahren wir erstmal keine weiteren Details, nur

dass er aus derselben maroden Schule wie Nadia und Samuel kommt.

Samuels Mutter

ist Arbeiterin (und teilweise ist sie auch arbeitslos), muss also ihre

Arbeitskraft verkaufen, um das Überleben der Familie zu sichern. Auch

Samuel

und Nano (Samuels Bruder) müssen sehen, wie sie Geld verdienen können.

Samuel

arbeitet deswegen als Kellner, Pizzalieferant und später auch als Drogendealer,

Nano beginnt gleich mit dem Drogenhandel. Diese Familie gehört also der

Arbeiter\*innenklasse an, da sie kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzt und

kein Kapital, somit dem Zwang des Verkaufs der Ware Arbeitskraft unterlegen ist.

Auch Nadias Familie wird als Teil der Arbeiter\*innenklasse dargestellt.

Jedoch

ist das aus marxistischer Sicht nicht korrekt, denn ihre Eltern besitzen einen

kleinen Laden. Mal abgesehen davon, dass das sehr klischeehaft für eine

migrantische Familie ist, besitzen sie somit ihre Produktionsmittel. Sie sind

also ein Teil des Kleinbürger\*innentums. Natürlich müssen sie trotzdem schuften

und sind keinesfalls reich, müssen sich also weiterhin selbst ausbeuten, da

sie

keine Angestellten haben. Aber aufgrund des Besitzes der Produktionsmittel

sind

sie nicht Teil der Arbeiter\*Innenklasse. Natürlich kann auch das Kleinbürger\*innentum

Teil der Unterschicht sein und es kann jederzeit in die Arbeiter\*innenklasse absteigen oder in die Kapitalisten\*Innenklasse (die besitzende Klasse)

aufsteigen. Wahrscheinlicher ist jedoch Ersteres. Insgesamt freuen wir uns natürlich, wenn eine populäre Seite wie Netflix den Klassenbegriff mit Serien popularisiert, aber wenn, dann sollten sie es richtig machen!

Die Schüler\*innen der „Unterschicht“ versuchen sich

wiederholt den anderen Schüler\*innen anzupassen, indem sie auf die gleichen

Partys gehen, sich den Ritualen anschließen und auch in der Schule anpassen. In

der Schule wird außerdem viel Leistungsdruck und Konkurrenz dargestellt, denn

die Schule hat ein besonderes Bewertungssystem, wodurch es nur eine beste Note

in der Klasse geben kann (das ist sehr kompliziert, aber der wichtige Punkt für

euch Leser\*innen ist, dass es für viel Konkurrenz sorgt und, dass nicht

jede/jeder bestehen kann) - also versuchen sich die Schüler\*innen, vor allem Nadia, noch extremer als in einer normalen Schule außerhalb des

Serien-Universums anzupassen und ihre gesamte Energie in die Schularbeit zu

investieren. Aber nicht nur in Sachen Leistung, sondern auch in Sachen Aussehen

und Verhalten, wie eben Partys, Alkohol und Sex, verändern Nadia, Samuel und

Christian ihr Verhalten - Nadia, die streng gläubig ist, fängt an, ihr Kopftuch abzulegen und Alkohol zu trinken. Christian geht eine Beziehung ein, um

finanziell davon zu profitieren. Samuel, der eigentlich sehr stark gegen Drogen

ist, fängt an zu dealen, um seine Familie finanziell stützen zu können. Das

drückt den Zwang aus, sich der Elite (!! ) anzunähern und eben genauso wie

sie

zu sein. In diesem Verhalten werden Standards aus unserer heutigen Gesellschaft

widergespiegelt, einer uns vorgegaukelten „perfekten Welt“ zu folgen und uns

ihr um jeden Preis anpassen zu müssen, um zu dem 1%, den reichen Leuten, Models, Entrepreneuren und Erfindern, kurz, der **Elite**, dazuzugehören.

Auch hinsichtlich der Justiz kann noch einmal die Frage der

Klasseunterschiede aufgemacht werden. Die arme Person, die verdächtigt wird,

kommt sofort ins Gefängnis, während die reiche Person, welche verdächtigt wird,

keine Konsequenz, weder hinsichtlich der Schule noch hinsichtlich des Staates,

zu fürchten hat. Das liegt daran, dass die Eltern dieser Person mit Korruption

die Schulleitung bestechen können und sich um einen guten Rechtsbeistand kümmern. In der echten Welt findet man es auch immer wieder, dass aufgrund des

Vermögens doch nicht jede\*r vor dem Gesetz gleich ist.

Die Serie zehrt sehr von diesem interessanten Zusammenstoß

der Lebenswelten zwischen Ober- und Unterschicht und das bekommt dadurch eine

besondere Brisanz, dass das in der kapitalistischen Welt tatsächlich eher selten passiert, wenn es tatsächlich um die ganzen obersten Prozent geht und

der Arbeiter\*innenklasse, es sei denn, man ist nun mal angestellt. Man besucht

unterschiedliche Schulen, hat unterschiedliche Hobbies, Werte, Sprache und Lebensstil gehen weit auseinander. Je weiter die Schere in den Vermögen auseinandergeht, desto weiter schotten sich auch die Lebenswelten voneinander

ab.

## **Weitreichende**

### **Darstellung von Sexualität oder unterschwelliger Sexismus?**

In unserer heutigen Welt wird auch der Umgang mit Sexualität und Geschlecht zum Glück immer offener. Und darin versucht die Serie natürlich auch, sich dem anzupassen. Vor allem unter den Männern gibt es einen sehr offenen Umgang, viele erforschen ihre Sexualität, sind homosexuell, bisexuell oder haben eine andere Sexualität neben Heterosexualität. Und diese Repräsentation ist echt gut, denn die meisten queeren, männlichen Beziehungen sind darin nicht exklusiv auf das Sexuelle fokussiert, sondern thematisieren auch emotionale Probleme. Das ist übrigens vor allem bei Männern cool, die dadurch nicht nur sexuell, sondern auch emotional und reflektiert dargestellt werden, was seltener vorkommt. Doch das große ABER... leider gibt es die gleiche Offenheit und Darstellung für die Frauen in der Serie nicht. Es gibt keine queeren Paare, die einzige LGBTQ\* Repräsentation für Frauen ist, wenn Rebeca (ein Charakter der zweiten und dritten Staffel) sagt, dass sie Carla „heiß“ findet, woraufhin ihr Gesprächspartner sie freundlich darauf aufmerksam macht, dass alle Carla „heiß“ finden. Außerdem sind viele der heterosexuellen Beziehungen sehr auf Sexualität bezogen, Frauen werden als Sexobjekte dargestellt, die attraktiv sind und mit denen man Sex haben kann, tiefergehend sind diese Beziehungen aber kaum und auch ansonsten eher toxisch. Generell wirken dabei die meisten Frauen relativ eindimensional. Es gibt viele Charaktere, die zwar sympathisch aber etwas zickig, oder sympathisch, aber etwas verklemmt usw. sind. Es gibt also nicht besonders ausgearbeitete, weibliche Charaktere, hier gibt es kaum character development. Die meisten waren zwar doch irgendwie

sympathisch, aber  
es war eben meistens leicht vorhersehbar, wie sich die weiblichen  
Charaktere  
als nächstes verhalten. Um ihnen aber etwas zugute zu lassen, war kein  
Charakter so sehr übertrieben, dass es komplett unmöglich war, sich echte  
Menschen, die so agieren, vorzustellen. Man kann meistens etwas  
Sympathisches  
finden oder sich in die Charaktere hineinversetzen und, obwohl es sich  
hauptsächlich um reiche, spießige Kinder handelt, sind die Rollen und  
Dialoge  
nicht komplett abwegig und unmöglich geschrieben.

Wie bei vielen anderen Serien auch, werden in Elite  
natürlich auch ein paar unrealistische Körperstandards aufgeworfen. So gibt  
es  
zwar was Hautfarbe angeht relativ viel Vielfalt, aber jeder einzelne Charakter  
sieht aus, als wäre er\*sie einem Fashion Magazin entsprungen, mit dem  
„perfekten Sixpack“ und natürlich sind alle Frauen schlank und perfekt  
geschminkt. Bei einer anderen Netflix Serie namens „Stranger Things“  
wurde das  
deutlich besser umgesetzt, hier werden Jugendliche auch von Jugendlichen  
und  
nicht von Erwachsenen gespielt, welche wie Topmodels aussehen. Eine  
vielfältige  
Besetzung auch hinsichtlich Schönheitsideale und Körperbilder ist ebenfalls  
wichtig um Zuschauer\*Innen kein unrealistisches Bild zu vermitteln, was sie  
selber  
und ihr Selbstbild unter Druck setzt. Das gilt besonders für weibliche  
Personen.

## **Trigger Warnungen?**

**Ja, bitte!**

Um zurück zu einem etwas ernsterem Punkt zu kommen. In der  
Serie geht es vorwiegend um Mord. Dementsprechend gibt es auch ein paar  
sehr

blutige oder morbide Szenen. Daneben werden Themen wie Krebserkrankungen, Depressionen, Drogenabhängigkeit (inklusive Überdosis und allem Drum und Dran) und sogar Suizid und sexuelle Belästigung angeschnitten. Während das wichtige und spannende Themen sind, die meistens ernst genommen und auch ernsthaft dargestellt werden, gibt es leider nirgendwo Trigger Warnungen, sodass einem diese Bilder und Gespräche vollkommen ohne Vorwarnung entgegenkommen und man sich schnell unwohl oder sogar getriggert fühlen kann. Das ist natürlich schade, denn es dürfte für einigen Zuschauer\*innen echt unangenehm werden und wäre etwas fairer, ihnen damit positiv entgegenzukommen. Bei der Netflix Serie „13 Reasons Why“ wurden ebenfalls Trigger Warnungen (allerdings auch erst nach der Veröffentlichung und entsprechender Kritik) eingefügt. Das sollte bei Elite ebenfalls überdacht werden.

## **Fazit**

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Serie auf jeden Fall sehr unterhaltsam ist und es spannend ist, die Intrigen nachzuverfolgen und bei den ganzen Dramen mitzufiebern. Positiv hervorgehoben werden muss auf jeden Fall der offene Umgang mit Sexualität und Sex an sich. Auch der Leistungsdruck an Schulen, und vor allem an solchen Privatschulen, wird sehr spannend behandelt. Die Darstellung der Spaltung zwischen Ober- und Unterschicht war für uns natürlich interessant und während Nadia, Samuel und Christian zwar nicht eine besonders akkurate Repräsentation der

Arbeiter\*innenklasse sind und Nadia auch nicht wirklich zur Arbeiter\*innenklasse gehört, werden doch die Schwierigkeiten mit Geld und die offene Abgrenzung zur oberen Schicht sehr gut aufgezeigt. Leider fehlt bei manchen Frauen eine positivere Darstellung ihres Charakters, ihrer Persönlichkeit und ihres Verhaltens.

Als letztes fehlt aus unserer Sicht auch der kämpferische Aspekt. Denn die Problemlösungen in der Serie sind wiederholt selbstorientiert und nicht auf das Wohl aller gerichtet. Obwohl einige elitäre Charaktere sich ihrer Rolle bewusst sind und mit positivem Beispiel als selbsternannte Helden mit Wohltätigkeitsaktionen und Spenden- oder Benefizveranstaltungen voranschreiten, ändern sie nichts daran. Die Benefizveranstaltungen gelten auch eher der Imageaufbesserung, als wirklich eine Hilfe zu sein, was in einigen Dialogen und Gesprächen etwas angeschnitten wird. Leider ändern auch die Jugendlichen aus der Arbeiter\*innenklasse nicht wirklich etwas an der Situation, außer sich um jeden Preis an die elitären Jugendlichen anpassen zu wollen. Gerade die erlebte Abfälligkeit und die himmelschreiende Ungerechtigkeit hätte sie dahingehend politisieren können, dass sie gegen das Klassensystem ankämpfen wollen. Trotz dessen bleibt die Serie sehenswertes, politisch angehauchtes Entertainment voll von Romanzen, Intrigen und Drama!

---

# Warum Rassismus und Polizei nicht voneinander zu trennen sind

*Jonathan Frühling*

Der Mord an George Floyd erschütterte die Welt und führte zu massiven Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. International fanden Demonstrationen in Solidarität mit den rassistisch Unterdrückten in den USA statt, jedoch verbanden die Protestierenden ihre Forderungen auch mit lokalen Themen. Den Menschen wird international immer klarer, dass die Arbeit der Polizei maßgeblich für die Reproduktion und Institutionalisierung von Rassismus verantwortlich ist. Mit institutionellem Rassismus ist ein Rassismus gemeint, der strukturell und gemeinschaftlich von Institutionen durch Anordnungen und Praktiken reproduziert wird.

Die Funktion der Polizei wurde in Deutschland mit dem sogenannten Kreuzbergurteil von 1882 eindeutig als die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung definiert. Mit „Ordnung“ ist vor allem der Privatbesitz an Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiter\_Innenklasse und Unterdrückung der nicht-weißen Bevölkerung gemeint, die unsere heutige kapitalistische Gesellschaft prägen. Zu Beginn war die Polizei hauptsächlich für die Niederschlagung von Arbeiter\_Innenunruhen, wie z.B. Streiks, oder Aufständen von anderen Unterdrückten zuständig. Sie hatte also von Anfang an eine klassenpolitische Ausrichtung.

## **Polizei und Rassismus**

Eine Studie von der Europäischen Grundrechtsagentur aus 2010 besagt, dass in Deutschland fast doppelt so häufig Personen mit türkischem oder ex-jugoslawischen Migrationshintergrund kontrolliert werden wie die

durchschnittliche Bevölkerung. Bei solchen Personenkontrollen ist die Polizei auf Oberflächlichkeiten angewiesen und dementsprechend kommt ein rassistisches Bewusstsein hier sehr zu tragen und wird sogar Vorschub geleistet, man bezeichnet dies als „Racial Profiling“ und wird später noch genauer besprochen. Nicht nur bei Kontrollen, sondern allgemein kommt es sehr auf das Bewusstsein der einzelnen Beamt\_in an, wie sie/er auf der Straße vorgeht. Damit ist auch gemeint, wie genau Gesetze ausgelegt, bzw. inwiefern sie bewusst überschritten werden, wen sie kontrolliert oder wie sie People of Colour behandelt.

Seit Marx wissen

wir, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein eines Menschen prägt.

Es

wird also durch die soziale Stellung und die gesellschaftlichen

Rahmenbedingungen gebildet. Wir müssen uns außerdem anschauen, was die Polizei

praktisch auf der Straße tut, um bestimmen zu können, welches Bewusstsein sie

hat.

In unserer heutigen Gesellschaft herrscht eine rassistische Ideologie vor. Grundlage dafür sind teilweise die Mechanismen des Kapitalismus, dass wer arm ist, arm bleibt und dass oftmals Migrant\_innen davon betroffen sind. Teilweise aber auch der Wille des Kapitals, die Bevölkerung anhand von ethnischen, religiösen und nationalen Unterschieden zu spalten, um so ihre eigene Herrschaft zu sichern. Die tatsächliche Teilung der Gesellschaft auf Grundlage von ökonomischen Klassen wird somit verschleiert. Um es knackig zu sagen: Eine entlassene Person wird nicht gegen die Firmenleitung protestieren, wenn sie für die Entlassung „die Ausländer“ verantwortlich macht.

In diesem Sinn sind auch z.B. die Aushebelung des Asylrechts

und die rassistische Hetze durch alle bürgerlichen Parteien zu verstehen. Die Gesetzesverschärfungen werden mal eben mit der rassistischen Aussage erklärt,

dass man sich damit gegen die Massen an Terrorist\_innen unter den

Flüchtenden

schütze. Und mit der islamophoben These, dass der Islam das Hauptproblem Deutschlands sei, lässt sich auch insgesamt von den katastrophalen Auswirkungen

der kapitalistische Politik Deutschlands ablenken und Kriege wie in Afghanistan, Syrien und Mali rechtfertigen.

Die Polizei hat dabei direkt die Funktion die rassistische Regierungspolitik in die Tat umzusetzen. Sie schließt die Grenzen, greift „illegale“ Migrant\_Innen auf und führt Abschiebungen durch. Sie ist also direkt mit der Aufgabe betraut, gegen den rassifizierten Feind vorzugehen. Die Polizei ist deshalb

in ihrer Funktion, ihrem Denken und Handeln einer der extremsten Ausdrücke

dieser Politik. Das rassistische Bewusstsein materialisiert sich so bei der Polizei in einer verschärften Form. Menschen, die damit ein Problem hätten, werden auch nicht zur Polizei gehen wollen, sodass man vor allem autoritäre und

ohnehin rechte Personen anzieht. Für

hohe Polizeibeamte\_Innen, die mit ihren Handlungen das Bewusstsein des Apparates

durchdringen, gilt dies in besonderem Maße.

## **Polizei und Rassismus in den USA**

Auch bei der Betrachtung der Geschichte der Polizei in den USA, wird ihre Funktion in der Gesellschaft augenscheinlich. Die Wirtschaft der

Südstaaten basierte bis zur Aufhebung der Sklaverei 1865 auf der Ausbeutung von

Sklavenarbeit. Im 17. und 18. Jahrhundert begannen die Regierungen damit, sogenannte Sklavenpatrouillen einzurichten. Diese sollten die versklavte Bevölkerung in Unterdrückung halten und notfalls Aufstände niederschlagen. Ihre

Aufgabe war also schlicht und ergreifend, die Vorherrschaft der weißen Bevölkerung aufrechtzuhalten. Nach dem Ende des Bürger\_Innenkrieges

1865 wurden

diese Milizen in die offiziellen Polizeiorgane überführt. Deren ideologisches Vermächtnis besteht bis heute in der modernen US-amerikanischen Polizei fort.

Der Mord an Floyd George war deshalb auch kein Einzelfall. Wenn ein Bulle am helllichten Tage und vor laufender Kamera einen Menschen kaltblütig ermordet, dann muss er sich sehr sicher sein, dass Richter und Staatsanwälte ein derartiges Verhalten decken. Tatsächlich landen in den USA nach einer Tötung durch die Polizei nur 4 von 400 Polizist\_Innen vor Gericht, nur eine Person davon wird verurteilt.

Das rassistische Polizei- und Justizsystem führt dazu, dass schwarze Menschen prozentual doppelt so oft wie alle anderen Teile der Gesellschaft

eingesperrt werden. Dadurch erfahren sie zusätzliche gesellschaftliche Diskriminierung. Zudem verringert sich so die Chance, in Freiheit wieder einen

Job zu bekommen. Es gibt sogar Bundesstaaten in den USA, die ehemaligen Sträflingen lebenslang das Wahlrecht verwehrt.

In vielen Städten in den USA ist die schwarze Bevölkerung in Viertel zusammengedrängt, in denen fast ausschließlich schwarze Menschen wohnen. Die USA ist bis heute ein stark segregiertes Land (Schlagwort: Redlining). Da die schwarze Bevölkerung ökonomisch benachteiligt ist, sind diese Viertel verarmt. Drogenabhängigkeit, Kriminalität und andere soziale Verwerfungen sind Begleiterscheinungen dieser Umstände. In den entsprechenden

Viertel führt sich die Polizei eher wie eine Besatzungsmacht, denn als „normale“ Polizei auf. Hier muss sie sich für rassistisches Vorgehen besonders

wenig rechtfertigen und nutzt das auch vollständig aus.

Dass es heute in die USA auch Polizist\_Innen of colour gibt, ändert nichts an dem Charakter der Polizei. Zudem übernehmen Polizist\_Innen of colour rassistische Verhaltensweise und führen nachweislich genauso oft Racial

Profiling durch. Die Existenz von Polizist\_Innen of colour spiegelt nur die Integration Teile der kleinbürgerlicher schwarzen Community in den bürgerlichen Staat wieder, vor allem vermittelt durch die Demokratische Partei. An dem Rassismus in den USA hat der schwarze Präsident Obama von der Demokratischen Partei übrigens auch rein gar nichts geändert

## **Racial-Profiling**

Mit Racial-Profiling sind staatliche Maßnahmen gemeint, bei denen als Opfer gezielt People of Colour ausgewählt werden. Der Begriff meint sich jedoch nicht nur Kontrollen, sondern bezieht auch rassistische Wahrnehmungs- und Ermittlungsperspektiven mit ein. Richter, Staatsanwälte und die Presse nutzten Racial Profiling ebenfalls, um Rassismus zu institutionalisieren.

Die rechtliche

Grundlage für Racial Profiling auf der Straße ist das Werkzeug der „verdachtsunabhängigen“

Kontrollen. Zwar darf die Hautfarbe offiziell nicht als Grund für eine Kontrolle angegeben werden, doch wer kontrolliert wird und was letztlich in dem

Polizeibericht steht, entscheidet der/die einzelne Beamt\_in (bzw. deren rassistisches Bewusstsein).

Racial Profiling

nehmen bei der Reproduktion des strukturellen und institutionalisierten Rassismus eine sehr wichtige Funktion ein. Zum einen setzen sie People of Colour massiv unter Druck, die sich der Schikane der Kontrolle hingeben müssen

und sich nirgendwo vor der Polizei sicher fühlen können. Zudem ist die Gefahr

z.B. mit einer geringen Menge Cannabis erwischt zu werden, dadurch natürlich

für diese Menschen deutlich höher. Dies kann den Verlust des Führerscheins und

damit des Jobs zur Folge haben. Zudem suggeriert Racial Profiling Passanten,

dass von People of Colour eine höhere Gefahr ausgeht. So reproduziert Racial Profiling Rassismus in der gesamten Gesellschaft.

Die ständige Verfolgung, öffentliche Demütigung und Bloßstellung können zudem zu psychischen Schäden, wie Depressionen und/oder Verfolgungswahn führen. Darüber hinaus schränkt Racial Profiling die Bewegungsfreiheit von People of Colour und damit ihre gesellschaftliche Teilhabe ein. Auch die Zeit, die die Kontrollen kosten und die Termine, die sie dabei möglicherweise verpassen, sind ein starke Einschränkung für sie.

Gegen Racial Profiling gerichtlich vorzugehen ist wenig sinnvoll. Polizist\_Innen decken sich dabei immer gegenseitig und die (zumeist weißen) Richter und Staatsanwälte decken die Polizei. Letztlich sind nämlich alle diese Instanzen Akteure desselben rassistischen Systems. Deshalb ist ein Vorgehen gegen die Polizei mittels der Gerichte auch allgemein faktisch unmöglich. Zudem kann es zu Gegenanzeigen durch die Polizei kommen, weshalb der/die Kläger\_In oft selbst auf der Anklagebank landet und abgeurteilt wird.

Will man etwas gegen Racial Profiling tun, dann sollte man nach Situationen des Racial Profilings Ausschau halten und den Vorgang sichtbar beobachten. Dies übt Druck auf die handelnden Beamten aus, wie einige selbst vor Gericht angaben. Eine verbale Einmischung, z.B. mit der Frage: „Wieso wird diese Person kontrolliert?“, kann diesen Druck erhöhen und die polizeiliche Arbeit behindern. Auch das Filmen oder vermeintliche Filme kann dabei helfen, der Polizei ihr rassistisches Gebaren unangenehm zu machen.

## **Polizei, Grenzen und Geflüchtete**

Wie bereits erwähnt ist die Polizei das Werkzeug, mit dem der Staat ihre rassistische Abschottungspolitik umsetzt. Nationale Polizeikräfte organisieren sich in der europäischen Grenzschutzorganisation Frontex. Diese setzt mit ihren Maßnahmen das theoretisch geltende Asylrecht fast vollständig außer Kraft. Sie sorgen dafür, dass Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen, als feindliche Invasoren gebrandmarkt werden. Legitimiert wird diese Politik mit dem angeblichen Schutz unserer Kultur und dem Kampf gegen Terrorismus. Diese Rechtfertigungen trafen vor offenen rassistischen Lügen.

Doch auch national wird die Polizei für die Abschottungspolitik eingesetzt. Sie überwacht z.B. die nationalen Grenzen und kann Menschen willkürlich an der Einreise hindern. Zudem führt sie Abschiebungen aus und fliegt dabei auch Länder, wie Afghanistan an. Im Inland setzt sie Residenzpflichten durch, die aus dem rassistischen Asylgesetz resultieren.

## **Forderungen im Kampf gegen die Polizei**

Im Kampf gegen das rassistische Repressionsorgan Polizei stellen wir folgende Forderungen auf:

- Defund the police! Keine Finanzierung der Polizei. Das Geld brauchen wir für Sozialleistungen, Bildung oder sozialen Wohnungsbau!
- Keine Militarisierung der Polizei. Sofortige Entwaffnung der Polizei, vor allem, was Taser, Maschinenpistolen und Handgranaten angeht!
- Schränkt den Handlungsraum der Polizei ein: Keine verdachtsunabhängige Kontrollen, kein Begriffe, wie „drohenden

- Gefahr“, keine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren!
- Keine Massenüberwachung  
z.B. durch Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner, Videoüberwachung!
  - Kein Racial Profiling! Hartes Aburteilen von Bullen, die Racial Profiling anwenden!
  - Organisiert militanten Selbstschutz:  
Niemand beschützt uns vor den Angriffen von Sexist\_Innen, Rassist\_Innen, Faschos (und der Polizei), das müssen wir schon selber tun!
  - Für eine Zerschlagung des Polizeiapparates und des Gewaltmonopols des bürgerlichen Staates!  
Für die Ersetzung dessen durch bewaffnete Verteidigungsstrukturen der Lohnabhängigen, Jugendlichen, Frauen, LGBTIA und Migrant\_innen, die demokratisch kontrolliert sowie wähl- und abwählbar sind!
- 

# **Zwischen Entmündigung und Sparzwang: Jugendwohnen in Zeiten der Pandemie**

## **Eine betroffene Genossin berichtet**

Im Frühjahr 2017 wurde ich von dem für mich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen. Seitdem lebe ich

drei Jahre lang in einer Einrichtung der Jugendhilfe. Ich entschied mich damals selbst, in Obhut genommen zu werden, um meinem Elternhaus zu entkommen. Während ich in diesem Hilfesystem lebte, lernte ich dessen Stärken, aber vor allem auch dessen Schwächen kennen. Im Grunde soll es Jugendliche dabei unterstützen, in ihr selbständiges Leben zu starten. Dabei stehen aber leider weniger die Entwicklung und Bedürfnisse der Jugendlichen im Vordergrund, sondern eher die Kostenminimierung und die traditionelle Hoheit der Familie. In Zeiten der Corona- und Wirtschaftskrise verstärkt sich dieser Zustand zunehmend, wie ich am eigenen Leib spüren musste.

Bereits bevor ich in die Jugendhilfe aufgenommen worden bin, merkte ich, welchen Stellenwert ich für das Jugendamt hatte. Erst nachdem zwei voneinander unabhängige Therapeutinnen und zwei voneinander unabhängige Sozialarbeiterinnen sich mit der Bitte, mich dabei zu unterstützen, mein Elternhaus zu verlassen, an das Jugendamt wandten und meine Eltern jegliche Zusammenarbeit verweigerten, wurde ich in Obhut genommen. Aber selbst dann war alles noch abhängig von der Unterschrift meiner Eltern. Diese mussten der Hilfe für mich zustimmen und auch einen Teil, gemessen an ihrem Einkommen, davon bezahlen. Im Endeffekt mussten sie von einem Familiengericht zur Unterschrift gezwungen werden. Da zeigt sich bereits, dass der\_die Jugendliche kaum als mündiges Individuum betrachtet wird, sondern eher als

Besitztum der Eltern. Auch, dass die Familie als Institution in konservative Weise immer noch als „Keimzelle der Gesellschaft“ betrachtet wird, behindert die Unterstützung der Jugendlichen, welche zuhause Gewalt erfahren. Dadurch bekommen die Eltern über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder die Chance, meist bei angemeldeten Hausbesuchen, den Schein zu wahren, dass doch alles in Ordnung sei. Egal von welchen schlimmen Taten der die Jugendliche berichtet. Im schlimmsten Fall wird nach harmlosen angemeldeten Hausbesuchen dann die Intervention des Jugendamtes in der Familie beendet, der Fall zu den Akten gelegt und die Gewalttaten können wieder ungestört von statten gehen. Eigentlich alle Jugendlichen, welche ich während meiner Zeit in der Jugendhilfe kennengelernt habe, haben nicht nur eine, sondern mehrere Gewalttaten über einen langen Zeitraum hinweg erlebt, auch trotz mehrfacher Interventionen des Jugendamtes in diesen Familien.

Die Dunkelziffer an Familien, in denen Jugendliche physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind, ist unglaublich hoch. Hinter der bürgerlichen Fassade der Friede-Freude-Eierkuchen-Familie tut sich für manche von uns die Hölle auf. Nur ein kleiner Teil der Betroffenen schafft es daraus zu entkommen. Wenn man dann das Glück hat, in die Jugendhilfe aufgenommen zu werden, ist man zwar vor dem Elternhaus weitestgehend geschützt, wird aber stattdessen mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Einrichtungen der Jugendhilfen unterscheiden

sich sowohl stark vom Konzept als auch vom konkreten Zustand. Sie werden nicht direkt vom Jugendamt kontrolliert oder unterhalten. Dies wird von sogenannten freien Trägern übernommen. Diese sind meistens non-profit Organisationen. Diese bekommen pro Kind oder Jugendliche\_r einen Betrag, um dessen Betreuung zu finanzieren. Davon werden dem\_der Jugendlichen auch gewisse Beträge, anhängig vom Alter und Jugendamt und Träger, als Taschengeld, Hygiene-, Guthaben-, Fahrkarten- und Bekleidungsgeld ausgezahlt. Hört sich erstmal gut an. Allerdings sind diese Beträge weniger als ausreichend. Von meinem Fahrkartengeld konnte ich höchstens einmal in der Woche in die Stadt fahren. Für weitere Fahrten ging dann mein Taschengeld drauf, welches auch der einzige Betrag ist, über den ich, ohne eine Abrechnung zu schreiben, verfügen durfte. Alkohol durfte ich davon trotz Volljährigkeit dennoch nicht kaufen. Über das wenige Geld, was man bekommt, kann man also nicht einmal frei verfügen. Aber nicht nur bei diesen Geldern wird gespart, was das Zeug hält: auch die Ausstattung der meisten Einrichtungen ist sehr heruntergekommen. Bei den wenigsten kann man da von einem Zuhause sprechen. Jegliche Ausgaben der Wohngruppe, ob Ausstattung oder Ausflüge, müssen bei dem Träger begründet und genehmigt werden.

Dieser hat auch bei allem anderen die Entscheidungsgewalt. Er bestimmt, wer einziehen darf, welche Betreuer\_Innen angestellt oder gekündigt werden und welches Konzept in der Wohngruppe angewendet wird. Daraus resultierte dann einige Male, dass Betreuer\_Innen eingestellt oder einfach nicht entlassen worden sind, nachdem alle Jugendliche sich gegen die

Zusammenarbeit mit diesen ausgesprochen haben. Gründe dafür waren zum Beispiel, dass der\_ die Betreuer\_In handgreiflich geworden ist oder einfach ständig anfang, ungefragt über sexuelle Themen zu sprechen. Somit blieb uns Jugendlichen nichts anderes übrig als zu vermeiden, Zuhause zu sein, wenn der\_ die Betreuer\_In Dienst hatte.

Sowie der Eintritt ist auch der Austritt aus der Jugendhilfe mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Viele Jugendliche, welche diese Hilfe in Anspruch nehmen, haben keine Eltern, die sie finanziell nach der Jugendhilfe unterstützen könnten. Somit müssen sie mit spätestens 21 Jahren ein geregeltes Einkommen und ein paar Rücklagen haben, um Dinge wie eine Mietkaution oder eine Erstausrüstung zu finanzieren. Gelder für solche Dinge kann man zwar bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe beantragen, aber auch diese Beträge reichen nicht aus. Selbst Geld anzusparen ist auch für Jugendliche mit einem Einkommen durch eine Beschäftigung nicht möglich. Jugendliche, welche in der Jugendhilfe landen, tragen meistens so krasse Lebensgeschichten mit sich rum, dass ein reibungsloser Bildungsweg oder dem Nachkommen einer geregelten Tätigkeit nicht möglich sind. Selbst wenn man arbeiten geht, ist man verpflichtet, ab einem Freibetrag, welcher unter 200 Euro liegt und in das Taschengeld mit eingerechnet wird, 75% deines Einkommens an das Jugendamt zu zahlen. Diese Pflicht wird damit begründet, dass die Kosten für die eigene Betreuung ja sehr hoch seien und auch irgendwie finanziert werden müssen. Du musst am Ende also dafür bezahlen, was deine Eltern angerichtet haben und musst dir so die Chance

auf ein kleines finanzielles Puffer trotz harter Arbeit nehmen lassen. Dies führte bei den Jugendlichen, welche ich kennengelernt habe, entweder dazu, dass sie erst gar nicht arbeiten gegangen sind oder angefangen haben, Gelder zu hinterziehen. Jugendliche aus prekären Lagen werden durch die Hilfen also weiter prekariert.

Durch die momentane Corona- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation der Jugendlichen weiter verschärft. Sie dürfen keine Kontakte außerhalb der Wohngruppe mehr haben und müssen so ihre gesamte Zeit in der Wohngruppe mit Betreuer\_Innen verbringen. Dies ist eine hohe psychische Belastung. Für viele sind ihre Wohngruppen kein Zuhause, sondern hauptsächlich der Ort, an dem sie schlafen und essen. Ihre Freizeit verbringen sie hauptsächlich mit vertrauten Personen aus ihren Freundeskreisen, welche sie in der schweren Zeit in der Jugendhilfe begleiten. Zudem gibt es in den meisten Wohngruppen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch unter den Einschränkungen, die ihrer Betreuer\_Innen erfahren, leiden die Jugendlichen. Diese dürfen selbst keine sozialen Kontakte außerhalb der Wohngruppe pflegen und haben aufgrund der Corona Auflagen viel mehr zu tun bei gleichbleibendem Gehalt. Hinzu kommt noch das ohnehin schon erhöhte Arbeitsaufkommen durch Ausfall von Kolleg\_Innen aus Risikogruppen. Durch diese hohe Arbeitsbelastung ist viel weniger Zeit, um sich mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen und der Stress steigert sich täglich. Dies bekommen am Ende die Jugendlichen dadurch zu spüren, dass ihre Betreuer\_Innen so viel mit sich zu tun haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die

Jugendlichen angemessen zu betreuen. So kam es in den letzten Monaten meines Aufenthaltes dort zu massiven Auseinandersetzungen und der Tatsache, dass ich meinen Auszug allein planen musste.

Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass die bestehenden Betreuungskonzepte bei Weitem nicht ausreicht, um Jugendlichen die Unterstützung zu bieten, welche sie brauchen und verdienen. Es müssen viel mehr Mittel für die Zukunft dieser Menschen zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Chance haben, sich ein eigenständiges Leben unabhängig von ihren Eltern aufzubauen und die Benachteiligung aufgrund ihrer Familiengeschichte überwinden können. Statt dem Trägersystem braucht es gut finanzierte staatliche Einrichtungen unter vollster demokratischer Kontrolle durch die betroffenen Jugendlichen, Pädagog\_Innen und Organisationen der Arbeiter\_Innenklasse. Diese Rätestrukturen müssen auch das repressive Jugendamt ersetzen, dessen Aufgabe es ist, die Erziehungs- und Rechtsvorstellungen eines patriarchalen kapitalistischen Nationalstaates Namens Deutschland durchzusetzen, ob für oder gegen den Willen der Kinder und Jugendlichen. Wir fordern stattdessen vollste Mitspracherechte für uns darüber, wo wir mit wem wie wohnen wollen. Außerdem müssen die Hierarchien durchbrochen werden. Jugendliche sind mündige Menschen, die selber am besten einschätzen können, ob sie mit ihrer Familie zusammenleben oder mit welcher\_m Betreuer\_In sie zusammenarbeiten können. Zudem müssen

Familien antastbar sein, damit sie keinen Schutzraum für Gewalttaten darstellen. Jugendliche sind nicht der Besitz ihrer Eltern, sondern eigenständige Menschen!

- Frühere rechtliche Gleichstellung von Jugendlichen, angepasst an die Situation der jeweiligen Länder!
  - Für das Recht auf gegenständliches Eigentum und die eigenständige Verfügung darüber für Jugendliche!
  - Für den Ausbau von Schutzräumen für Kinder und Jugendliche! Niemand soll bei seiner Familie bleiben müssen, wer das nicht möchte!
  - Für selbstverwaltete Freiräume für Jugendliche, den massiven Ausbau von unabhängigen Jugendzentren und kostenloser Zugang zu einem ausgebauten Freizeit- und Kulturangebot für Jugendliche bezahlt durch die Besteuerung der Reichen!
  - Für ein bedingungsloses Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht. Bezahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!
  - Massives staatliches Investitionsprogramm in Jugendbetreuung, Soziale Arbeit und Bildung! Bezahlt durch die Besteuerung des Kapitals und kontrolliert durch die Arbeiter\_Innenbewegung!
-

# Linke Politik in der Pandemie?!

## Teil 3: SPD und Linkspartei

In den ersten beiden Teilen dieser Artikelreihe haben wir uns zunächst mit den Gewerkschaften und dann mit der radikalen Linke auseinandergesetzt.

Zuletzt, wollen wir uns anschauen, was die beiden größten bürgerlichen Arbeiter\_Innenparteien im Parlament während der Corona-Zeit so getrieben haben.

Mit „bürgerlichen Arbeiter\_Innenparteien“ meinen wir Parteien wie die SPD oder die Linke, weil sie im Parlament bürgerliche Politik, das heißt Politik im Interesse der herrschenden Kapitalist\_Innenklasse machen, aber gleichzeitig aufgrund ihrer Tradition und sozialen Zusammensetzung eine starke Verbindung zur Arbeiter\_Innenklasse haben.

Das erste „Rettungspaket“ Um deren Politik einschätzen zu können sollten wir zunächst auf die Anfänge des Covid-19-Virus blicken, auch wenn der Ausbruch in Deutschland schon etwa 3 Monate her ist. Das erste Paket an Maßnahmen wurde damals von einer großen Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Es beinhaltete neben mehreren Billionen Euro, die die Unternehmen quasi geschenkt bekamen, auch das sogenannte „Kurzarbeitergeld“, welches eine weitere Millionensubvention für Unternehmen bedeutete, da die Lebensunterhaltskosten ihrer Angestellten nun aus Steuergeldern und nicht aus der Konzernkasse

finanziert werden. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Die Corona-Pandemie hat dabei die ohnehin massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt. Zu dieser massiven Umverteilung von Steuergeldern zugunsten der Reichen gab es wenig Widerspruch von der SPD, aber auch von der Linken. Katja Kipping (Parteivorsitzende der Partei die Linke) feierte das „Hilfs-Paket“ sogar als „sozialen Fortschritt“.

Die bürgerlichen Arbeiter\_Innenparteien haben sich also, wie die Gewerkschaften, zu einer Burgfriedenspolitik (das heißt: Zurückstellen von Kritik im Sinne der nationalen Einheit zur Bewältigung der Krise) entschieden. Während die SPD als Teil der Großen Koalition auch heute noch die arbeiter\_Innenfeindliche Politik der Bundesregierung zu verantworten hat, probiert die Linke seit ein paar Wochen wieder mehr einen auf Opposition zu machen.

Die Linke zurück in der Opposition?

Die Linke veröffentlichte am 28. März ein umfassendes Papier unter dem Titel „Solidarisch aus der Krise – Menschen vor Profite!“. Dieses Papier mit dem netten Titel besteht aus Beschlüssen der Partei und legt damit die Grundlage der Politik der Linken während der Corona-Pandemie fest. Es liest sich eigentlich gar nicht schlecht: „Für ein krisenfestes Gesundheitssystem“, „Die Kosten der Krise gerecht verteilen“, „Solidarität über Grenzen hinweg – Leben weltweit schützen“ sind einige der Überschriften aus dem Papier.

Also alles

supi-dupi-solidarisch? Na dann brauchen wir ja alle nur die Linke wählen und alles wird gut? Nein! Das Problem sind aber nicht die teilweise richtigen sozialdemokratischen

Forderungen, sondern das, was nicht drinsteht. Es fehlt zum Beispiel eine Begründung, warum denn unser Gesundheitssystem nicht krisenfest ist, warum die

Kosten der Krise nicht gerecht verteilt werden und warum die Solidarität im Nationalismus verpufft. Es fehlt eine Antwort auf die Frage, wo die strukturellen Ursachen der sozialen Verwerfungen der Corona-Krise liegen und

wie eine Gesellschaft aussehen kann, deren Zweck es ist, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen anstelle möglichst viel Profit anzuhäufen. Ebenso fehlt es

an einer Antwort auf die Frage, was mit den Zehntausenden Geflüchteten passieren soll, die in überfüllten Lagern an den Außengrenzen der Festung Europa leben müssen. Statt internationale Solidarität auszuüben, indem sie sich

z.B. für offene Grenzen aussprechen würde, will Die Linke vor allem den Wirtschaftstandort Deutschland retten.

Und was hat Die Linke eigentlich

aktiv versucht, um diese Forderungen umzusetzen? Bis auf ein paar kritische Redebeiträge in Bundestag und Landesparlamenten war dahingehend still um die

Partei. Keine Spur von Protestaufrufen. Keine Spur von Aufrufen an die Gewerkschaftsführungen gegen die geplanten Massentlassungen und Umverteilungsmaßnahmen zu Gunsten der Reichen zu streiken.

Die Linke erkennt in ihrem

Beschlusspapier zwar richtig: „Die Krise trifft die am härtesten, die am wenigsten haben“. Sie stellt dort auch Forderungen auf, was dagegen getan werden sollte: Zum Beispiel die Anhebung des Kurzarbeiter\_Innengeldes, höhere

Besteuerung von Reichen oder Schluss mit Schuldenbremse. Bei den Arbeiter\_innen

scheint sie damit aber nicht so richtig anzukommen: Während bei den aktuellen

Sonntagsumfragen zur Bundestagswahl die Werte der CDU während der Corona-Krise

von 27% (07.02.2020) auf 39% (29.05.2020) stiegen, sank der Wert der Linken

leicht von 10 auf 8 Prozent (von Forschungsgruppe Wahlen). Gleichzeitig dominieren rechte Kräfte die „Hygiene-Bewegungen“ auf der Straße. Das Erstarren

von dubiosen Bewegungen, die durch Verschwörungstheorien bis hin zu offen

faschistischen Ideen einen Ausweg aus der Krise propagieren, lässt sich auch durch die Abwesenheit einer linken Alternative besser verstehen.

Wenn wir den Rechten die Rolle

der Opposition jedoch nicht überlassen wollen, brauchen wir jetzt eine klassenkämpferische Antikrisenbewegung, die die Probleme der Menschen wahrnimmt, eine linke Kritik am Corona-Management der Bundesregierung formuliert und internationale Solidarität lautstark auf die Straßen trägt. An SPD, Linke und Gewerkschaften kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht

vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter\_Innenklasse zählt zu ihren

Mitgliedern. Doch um aktiven Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigen Arschtritt!

Auch wir von REVOLUTION treten

für Reformen ein, die direkt die Lebensbedingungen von uns allen verbessern und

die auch schon im Kapitalismus umgesetzt werden können. Zum Beispiel die Forderung nach Weiterzahlung des vollen Gehalts während der Corona-Krise. Allerdings machen wir uns auch Gedanken darüber, was passieren muss, wenn die

Chefetagen der Unternehmen nicht dazu bereit sind. Deshalb fordern wir in einem

zweiten Schritt die Offenlegung der Geschäftsbücher sowie die Verstaatlichung der Unternehmen und die demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten. Letztendlich werden wir die großen Krisen, denen wir gegenüber stehen (ob Corona-Pandemie, Klimakrise, Wirtschaftskrise oder Festung Europa), jedoch nur solidarisch bewältigen können, wenn wir der kapitalistische Profitlogik die Perspektive des Aufbaus einer kommunistischen Gesellschaft entgegenstellen. Dazu braucht es ein revolutionäres Programm, das einen Weg dahin aufzeigt. Eine Anti-Krisenbewegung muss auf der einen Seite geeint kämpfen und auf der anderen Seite über das richtige Programm streiten.

Wenn's der Wirtschaft gut geht,  
geht's allen gut?

Seit Jahrzehnten erzählen uns Finanzminister\_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse. Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau und Sparprogramme wurden mit dem Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung möglichst gering halten zu müssen. Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende: Plötzlich ist massig Geld da und die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt. Mit dem neuen Konjunkturpaket sollen nun weitere 130 Milliarden Euro investiert werden, um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Dabei wurden zuvor bereits mehrere

Billionen Euro zu diesem Zweck an Unternehmen verschenkt. Trotzdem prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute immer noch einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Entweder denkt die Bundesregierung also, dass es 130 weitere Milliarden jetzt rausreißen oder sie sieht angesichts ihrer pro-kapitalistischen Haltung keine andere Möglichkeit als noch mehr Geld in die Unternehmenskassen zu pumpen.

Dabei konnte die SPD sich immerhin durchsetzen, dass die von der Autoindustrie und von großen Teilen der CDU geforderte Autoprämie für Verbrenner nicht Teil des Pakets geworden ist. Es sollen aber die Kaufprämien für E-Autos erhöht werden. Als „ökologische Wende nach der Krise“ lässt sich dies aber nun auch nicht gerade betiteln sondern eher als Geschenk an die deutsche Automobilindustrie. Weitere Kernpunkte des Pakets sind Maßnahmen, mit denen die Bundesbürger\_innen wieder in die Shoppingmalls gelockt werden sollen: einmaliger Kinderbonus von 300€ pro Kind, zusätzliche Unterstützung von Unternehmen und die Senkung der Mehrwertsteuer vom 1. Juli bis 31. Dezember von 19 auf 16 Prozent. Während die SPD den ganzen Mist zu verantworten hat, kritisiert Die Linke immerhin richtiger Weise, dass damit wenig den geholfen wird, die am meisten auf staatliche Hilfe angewiesen sind: Geringverdiener\_Innen und Arbeitslose. Außerdem meint Sie, dass das Paket nicht nachhaltig genug sei. Vom Sozialismus aus ihrem neuen Beschlusspapier ist hier jedoch schon wieder keine Rede mehr. Die Linke wünscht sich vielmehr einen

„zahmeren Kapitalismus“. Ein bisschen soziales und ökologisches Parfum auf die

Verwertungslogik und dann wird die nationale Wirtschaft schon wieder laufen.

Von der demokratischen Kontrolle der Produktion durch die Beschäftigten und

internationaler Solidarität ist hier jedoch nichts zu hören.

Uns als Kommunist\_innen geht es

nicht darum, wie ein solches Konjunkturpaket hätte sozialer & ökologischer aussehen können. Es geht uns um die Frage, ob die strukturell im Kapitalismus

bedingten Wirtschaftskrisen, die alle paar Jahre wieder ausbrechen, damit gelöst werden, dass man die Bevölkerung zum Einkaufen motiviert. Wie Olaf Scholz ganz ehrlich zugegeben hat, geht es in erster Linie darum, das Wachstum

wieder anzukurbeln. Dabei sollen für Olaf jedoch nicht das Gesundheitssystem

oder der soziale Wohnungsbau wachsen, sondern die Profite der Kapitalist\_Innen.

Darum geht es dem Konjunkturpaket. Um die Billionenhilfen für die Wirtschaft

finanzieren zu können, wird eine gigantisch hohe Staatsverschuldung in Kauf genommen. Zahlen sollen am Ende die Lohnabhängigen in Form von Massenentlassungen und Sozialkürzungen.

Was sollten SPD und Linke tun?

Die SPD muss sich überhaupt erst

einmal wieder auf das Ziel zurückbesinnen, mit dem ursprünglich vor über 150

Jahren gegründet wurde: die Interessen der Arbeiter\_innen und Unterdrückten zu

vertreten. Sie sollte sich also gegen jede Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeiter\_Innenklasse stellen. Wenn sie das tut, muss sie allerdings raus aus der Groko!

Die Linke sollte nicht nur im Parteiprogramm über Antikapitalismus und Sozialismus reden, sondern auch im aktuellen politischen Geschehen die Zusammenhänge von Krisen und Kapitalismus mit einer internationalistischen und sozialistischen Perspektive verbinden.

Zusammen sollten SPD und Linke nicht nur Reden im Bundestag schwingen sondern aktiv mit den Gewerkschaften eine Anti-Krisenbewegung auf die Straße bringen, die für eine sozialistische Perspektive kämpft und sich dem wachsenden Rassismus und rechten Verschwörungstheorien entgegenstellt. Eine Anti-Krisenbewegung muss eine unabhängige Stimme der Lohnabhängigen, Migrant\_Innen und Jugendlichen darstellen und ein eigenes Programm für diese demokratisch entwickeln. Dabei muss sie den Anschluss an bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus in ihr Aktionsprogramm integrieren. Wir haben allerdings auch keine Illusionen in die Führung der beiden Parteien, sondern sehen dies eher als Aufforderung an die Basis mit der Führung zu brechen und selbst auf die Straße zu gehen. Dort müssen wir uns organisieren und selbst demokratische Strukturen aufbauen, in denen wir frei darüber diskutieren können wie wir in Zukunft leben wollen und mit welchem Programm wir da hinkommen.

---

# Krisenstimmung auch in der EU

*Flo Schwerdtfeger*

„Whatever the weather, we must move together!“ titelte ein Propagandaplakat für den Marshall-Plan in den 50ern. Darauf zu sehen war eine Windmühle, deren Blätter die einzelnen Länder Europas waren. Symbolisiert werden sollte Einigkeit und ein gemeinsames Handeln als europäischer Kontinent. Wenn es sie überhaupt einmal gab, so sind diese Zeiten der Einigkeit aber lange wieder vorbei. Nicht erst seitdem sich Großbritannien aus der EU verabschiedet hat. Die Uneinigkeit findet sich wieder in der Frage, welcher Staat wieviele oder überhaupt Flüchtende über die Grenze lassen müsse. Sie findet sich in der Umweltpolitik wieder, wo an der einen Stelle Kernkraft aufgegeben, an der anderen aber erst aufgebaut wird. Sie findet sich aber auch da wieder, wo die Staaten Mittel- und Westeuropas, wie Deutschland, Frankreich und das UK, nach der Wirtschaftskrise 2008/09 die Mittelmeerstaaten ausbluten ließen, um ihre Schulden zu tilgen. Besonders jetzt durch die Pandemie werden die Effekte weiter verstärkt und spitzen sich zu. In diesem Artikel wollen wir ein wenig versuchen, die Fronten innerhalb der EU nachzuzeichnen.

## **Dieses mal mit den Rechten**

Seit Jahren lässt sich der stetige Aufstieg der Rechtspopulist\_Innen beobachten, in einigen Ländern wie Ungarn oder Italien sind sie sogar an der Regierung. Als Folge des Versagens der Linken eine Antwort auf die sozialen Angriffe nach der Krise 2007/08 zu bieten, erstarkten in vielen Ländern wieder konservative und nationalistische Ideen und Parteien. Seit der Fluchtbewegung 2015 wurde die Festung Europa wieder stärker ausgebaut und der Kontinent abgeschottet gegenüber Menschen, die vor Krieg und

Ausbeutung flüchten. Die Menschen, die es dann doch nach Europa schaffen, werden zwischen den Ländern hin- und hergeschoben, weil niemand sie wirklich aufnehmen will. Und obwohl sich die Rechtspopulist\_Innen meist als Europäer\_Innen darstellen und behaupten, den Kontinent gegenüber „Invasoren“ zu verteidigen, sind sie es auch, die die EU am liebsten abschaffen würden und ihre eigenen Nationalstaaten wieder aufleben lassen wollen. Dabei ist nicht nur das UK mit dem Brexit das Paradebeispiel, auch in Italien mehren sich die Stimmen, die einen Austritt aus der EU fordern. Selbst in Ländern, in denen sich noch „liberale“ oder immerhin „proeuropäische“ Regierungen halten konnten, sitzt diesen heute eine stärkere Rechte im Nacken als dies noch zur letzten Krise der Fall war.

Und in der Pandemie verschärft sich die Situation nur noch weiter: In Deutschland stellt sich die AfD verstärkt als Verteidigerin der Freiheit und Grundrechte dar, indem sie gegen die Einschränkungen, die durch die Pandemie entstehen, demonstrieren. In Ungarn erhöht sich Viktor Orban immer mehr zum Alleinherrscher, indem er per Notstandsgesetze am Parlament vorbeiregiert, und in Großbritannien wurde zum Glück noch vom Ansatz der Herdenimmunität wieder abgerückt.

Wenn es nicht einmal geschafft wird, den am schwersten betroffenen Nachbarstaaten mit medizinischen Materialien und Personal auszuhelfen, offenbart sich auch wie schlecht es mit den humanistischen Idealen der EU in der Praxis aussieht

### **Zwischen den Fronten**

Der EU macht aber auch die globale Konkurrenz zu schaffen. Sie wird ja meist als weiterer Machtblock in der Welt gehandelt, besonders wenn es darum geht, eine gemeinsame Armee aufzustellen, um sich gegenüber Russland, China oder den USA zu behaupten.

Aber nicht nur militärisch stellen diese Staaten eine Bedrohung dar, sondern auch wirtschaftlich. Erkennbar wird das durch die starken Verflechtungen, durch Handels- oder Produktionsstrukturen. China hat z.B. ein doppelt so hohes Exportvolumen in die EU wie umgekehrt.

Dazu kommt der direkte Einfluss Chinas auf europäische Unternehmen und Länder. So hält zum Beispiel das chinesische Unternehmen Cosco mehr als

50% der Anteile an dem Hafen Piräus´, einer der größten griechischen Häfen. Auch in Italien war China da - und nicht etwa die EU - wenn es um medizinische Unterstützung ging während der Corona-Hochphase.

Es ist abzuwarten, wie genau sich die globale Konkurrenz fortführen wird. Solange der amerikanische Kontinent das Epizentrum der Pandemie bleibt und die USA nur zu Verzweiflungshandlungen fähig ist, wird demgegenüber der Einfluss Chinas umso wichtiger. In China wurde die Produktion viel schneller als anderswo wieder hochgefahren und genau dann, als die Produktionen der EU und der USA aussetzten, konnte China seine Macht ausbauen, indem sie die entstehenden Versorgungslücken decken und so viel mehr Export erbringen konnten.

### **Angriffe auf die Sozialsysteme**

An anderer Stelle offenbart sich die Spaltung Europas als Folge der Weltwirtschaftskrise 2008/09 und der Schuldenkrise 2010/11. Bis heute ist vor allem der Mittelmeerraum durch die Sparmaßnahmen geprägt, die vor allem von Deutschland auferlegt worden sind. Besonders hart hat es dabei Griechenland getroffen, aber auch Spanien und Italien durchleben ähnliches. Gestützt durch Deutschland und Frankreich wurden damals Kredite an die verschuldeten Staaten ausgegeben. Der Haken daran ist nicht nur, dass diese Kredite samt Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen. Vor allem sind sie auch an Maßnahmen des sozialen Kahlschlags in den jeweiligen Ländern gebunden worden, überwacht - und exekutiert - durch eine von der EU vorort installierte Troika. Die Sparmaßnahmen trafen Renten- und andere soziale Leistungen, hatten einen großen Stellenabbau zur Folge, schlugen sich aber eben auch in Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Privatisierungen nieder.

Wohin diese Kürzungen führten, sah und sieht man heute besonders in Italien. Ein Grund für die hohe Sterberate während der Pandemie ist, dass so wenig Personal und Ausrüstung auf den Intensivstationen vorhanden waren, da dem Gesundheitssystem fast 37 Milliarden Euro an Investitionen fehlen.

Obwohl die großen Imperialisten wie Deutschland und

Frankreich viel davon profitiert haben, die südeuropäischen Länder kleinzuhalten und sich an ihnen zu bereichern, sind sie auch davon abhängig, dass in ihnen eine gewisse Stabilität herrscht, wenn es um Absatzmärkte, Produktionsketten oder Investitionsströme geht.

### **Was sollen die Krisenmaßnahmen sein?**

Irgendetwas muss die also EU tun, um die Krisenfolgen abzufedern, auch in den Ländern, die besonders stark betroffen sind, darin sind sich eigentlich alle einig.

Die Streitfrage ist allerdings wie genau diese Maßnahmen aussehen sollen.

Insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich tun sich dabei Widersprüche auf. Einerseits ist Frankreich (im Gegensatz zu Deutschland) ziemlich stark von der Corona-Krise betroffen und daher selbst schon an guten Konditionen für Hilfsmaßnahmen interessiert. Zusätzlich würde auch eine Schwächung der anderen Länder wie Italien die Vormachtstellung von Deutschland weiter verstärken, was ebenso nicht im Sinne Frankreichs ist. Frankreich steht in diesem Konflikt also eher auf der Seite der hochverschuldeten Staaten, während Deutschland an dem alten Modell mit Zurückzahlung unter Zinsen festhalten will.

Der erste Vorschlag waren sogenannte Corona-Bonds in der Höhe von 1,5 Billionen Euro. Diese sollten sich im ersten Entwurf an die Euro-Bonds anlehnen, die nach der Schuldenkrise ausgegeben wurden. Dabei wird von der EU ein Kredit an Länder ausgegeben, die Unterstützung benötigen. Das Problem an der Sache ist, dass diese Bonds

mit

Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen, wodurch den betroffenen Staaten

nicht wirklich geholfen ist, da sie so über Jahrzehnte an diese Rückzahlung gebunden sind. Im zweiten und aktuelleren Entwurf ist nur noch von 500 Milliarden Euro die Rede, dafür aber als Auszahlung, die ohne Zinsen zurückgezahlt werden soll. Besonders die stark betroffenen Länder wie Frankreich, Spanien und Italien sollen davon profitieren. Probleme könnte es dafür besonders von den EU Staaten im Norden und Osten geben, da diese wahrscheinlich mehr Geld geben werden als sie bekommen. Dadurch könnten weitere

Spannungen, besonders in den sowieso schon EU-skeptischen Ländern wie Polen und

Ungarn entstehen.

### **Innerer Widerspruch und dessen Lösung**

Es ist ein Widerspruch an sich, dass sich imperialistische Staaten und damit auch die Kapitalist\_Innen der Länder zu einer Einheit zusammenschließen. Eigentlich versuchen Sie sich nämlich gegenseitig zu verdrängen und Halbkolonien zu ihren Absatzmärkten zu machen.

Die EU kann daher nur als Gegenprojekt zu den anderen Imperialisten wie China, USA, Russland existieren. Dieser Burgfrieden ist aber

bröckelig, denn besonders die westeuropäischen Länder Deutschland, Frankreich

und Großbritannien streben nach der Führung.

Oberflächlich betrachtet ist die EU ein Beispiel dafür, dass Schritte weg vom Nationalstaat möglich sind. Es wäre eine Schande, die Errungenschaften der internationalen Verflechtungen auf industrieller und kultureller Ebene wieder

aufzulösen, nur um in chauvinistische Nationalstaaten zurückzukehren, die sich

alle untereinander verfeindet sind. Nur sind halt viele der Träume der EU

nicht  
mehr zu finden. Die Humanität stirbt an den Außengrenzen. Im Innern wird  
die  
bestehende Ungleichheit durch Bürokratie und Sparmaßnahmen noch  
verschärft und  
letztendlich bleibt sie nur ein Zusammenschluss, zur Verwirklichung der  
wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Kapitale.

Wirkliche Vereinigung kann Europa nur erfahren ohne die  
auseinandertreibende Wirkung der kapitalistischen Konkurrenz. Die  
bestehenden  
Verbindungen müssen von der europäischen Arbeiter\_Innenklasse genutzt  
werden,  
um sich international zu organisieren und der EU nach vorne zu entkommen:  
In  
die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

---

# **Was der Bundesligastart über den Zustand des Profifußballs aussagt:**

*Marcel Möbius*

Seit dem 15. Mai wird in der 1. und 2. Bundesliga wieder  
Fußball gespielt. Seit dem 30. Mai auch in der 3. Liga. Das Alles ohne  
Zuschauer, als sogenannte „Geisterspiele“ und unter Einhaltung strenger  
Hygieneregeln. Damit nimmt die Deutsche Fußball-Liga (DFL) im  
internationalen  
Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Nachdem dies sich als wirtschaftlich  
lukrativ herausgestellt hat, werden andere große europäische Ligen diesem

Beispiel folgen. So wird in Spanien beispielsweise am 11. Juni der Spielbetrieb fortgesetzt. Um dies möglich zu machen, werden extra regelmäßige Tests auf das Coronavirus bei SpielerInnen und BetreuerInnen durchgeführt und diese in Quarantäne gesetzt, wenn nötig. Dies ist besonders international ein Hohn, wenn man betrachtet, dass in Italien und Spanien nicht einmal genügend Tests existieren, um die Zivilbevölkerung zu versorgen. Allerdings sollen für den Profisport hier massiv die Ressourcen locker gemacht werden. Dafür riskiert man eine fortschreitende Verschlechterung der Versorgung der Zivilbevölkerung und die Leben der ArbeiterInnenklasse. Dies alles tut man nur um den sportlichen Wettbewerb aufrechtzuerhalten? – Wohl kaum! Man muss sich vor Augen führen, dass der Profifußball ein riesiger Markt geworden ist, in dem es um hunderte Millionen Euro geht. Es ist eine Unterhaltungsindustrie, die sich durch Fernsehgelder, Werbekampagnen, Eintrittspreise und Merchandise finanziert.

Besonders deutlich wird die Entfremdung des Profifußballs vom ursprünglichen Gedanken des Sport, wenn man betrachtet, dass der gesamte Amateurfußball unverzüglich eingestellt wurde. Dies ist wiederum nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass die meisten Amateursportvereine sich ohnehin finanziell in miserablen Situationen befinden. Kaum ein Verein generiert Überschüsse, die den Zwecken der Erhaltung der eigenen Infrastruktur genügen. Zumeist ist man auf die finanzielle Unterstützung von Kleinunternehmen angewiesen, für die der Verein zur Werbefläche wird. So zeigt sich, dass auch bei Amateurvereinen die gleichen Mechanismen gelten wie im Profibereich.

Lediglich die Summen und die Größen von Vereinen und Unternehmen variieren.

Noch mehr verdeutlicht sich die Entfremdung des Profifußballs vom Grundgedanken des Sports, wenn man betrachtet, welche Transfersummen und Gehälter im Profifußball fließen. Nicht selten werden hier

Millionen als Jahresgehalt für Vollzeitsportler gezahlt. Das ist echt absurd, wenn man es in Relation zu durchschnittlichen ArbeiterInnenlöhnen setzt - schon allein im Vergleich, wenn man sieht, dass die Spieler vieler Vereine auf ihre Gehälter ganz oder teilweise verzichten haben, um die Lohnzahlungen der ArbeiterInnen

des Vereins zu sichern. Was wie eine große Geste wirkt, ist doch eher ein Akt der Selbsterhaltung für die kapitalistische Maschinerie der Fußballindustrie.

Darüber hinaus hat die ökonomische Betrachtung des Profifußballs auch einen sexistischen Aspekt, da im Frauenfußball die Gehälter

und auch die gesamte Marketingindustrie drum herum um ein vielfaches kleiner

sind, sodass es Vollprofifußballerinnen in Deutschland kaum gibt. Die Gehälter

reichen nicht aus, um den Lebensunterhalt zu sichern. Daher müssen die Frauen

neben dem zeitlich und körperlich ebenbürtigen Aufwand zum Männerfußball auch

noch Lohnarbeit oder einem Studium nachgehen.

Dabei ist es doch nicht die gesamte Industrie und das Marketing, weshalb die meisten Menschen den Fußball mit Leidenschaft verfolgen

- aktiv im Amateurbereich, als aktive Fans im Stadion oder auch als stille BeobachterInnen zu Hause. Fußball ist der beliebteste Sport der ArbeiterInnenklasse in Deutschland, doch er hat sein Gesicht verändert - er wurde bis zur Unkenntlichkeit von der Kommerzialisierung und der Vermarktung

aus Profitinteressen verdreht. Diese haben dazu geführt, dass sich allen  
voran  
die Fußballverbände und FunktionärInnen daran bereichert haben. So ist es  
auch kein Wunder, dass die Korruption  
floriert. Dies sind Effekte, die sowohl in Europa, in der UEFA, wie auch im  
Weltfußballverband FIFA, beobachtet werden können. Man sieht, dass auch  
die  
50+1-Regel, die verbietet, dass ein Investor eine Entscheidungsmehrheit im  
Verein erhält, den Ausverkauf der Vereine nicht aufhalten kann. Dabei ist es  
nur eine Frage der Zeit, bis man in der Konkurrenz mit anderen Ligen, wo  
ganze  
Klubs großen Sponsoren gehören, mit diesem Grundsatz bricht und Martin  
Kind,  
Dietmar Hopp, Red Bull, Volkswagen, Bayer und anderen auch ganz offiziell  
den  
Besitz an ihren Promoklubs überlässt.

Warum also begeistern sich trotz all dieser Probleme so  
viele Menschen und besonders ArbeiterInnen und Jugendliche für diesen  
Sport?  
Für Fans ist besonders der Zusammenhalt wichtig, dass der Fußball ein  
soziales  
Event ist, welches Menschen verbindet. Gerade für Jugendliche, die durch  
den  
allgemeinen Leistungsdruck und die Abhängigkeit durch das Konzept der  
bürgerlichen Familie, unterdrückt werden, hat dieser soziale Aspekt des  
Sports  
eine besondere Bedeutung. Hier bilden sich Fanszenen, die man durchaus  
wie  
Subkulturen betrachten kann. Jeder ist gleich, wenn er in der Kurve das  
gleiche  
Team anfeuert. Dabei können Menschen ganz verschiedener Charaktere,  
Ideologien  
oder politischer Orientierungen zusammengebracht werden, auch wenn Fans  
sehr

politisch werden können, indem sich zB. jetzt die Fans der eigentlich  
verfeindeten Vereine **São Paulos im Kampf**  
**gegen die Angriffe Bolsonaros zusammenschließen. Doch** abseits  
davon geht um Emotionen: Euphorie bis zur Ekstase, Trauer und auch Wut -  
all  
das leben Menschen im Stadion und auch auf kleineren Fußballplätzen aus,  
wenn  
der sonst so triste Alltag aus Arbeit, Schule oder Uni eine Auszeit bekommt.  
Probleme des Alltags können vergessen werden, wodurch diese Form der  
Unterhaltungsindustrie  
besonders betrachtet werden muss, da es nicht nur um Unterhaltung wie im  
Film  
geht, sondern darum, dabei zu sein und teilnehmen zu können - zumindest  
gefühl.

Im Block werden Menschen klassenübergreifend zusammengeführt  
- so war es zumindest einmal. Die Kommerzialisierung drängt die  
ArbeiterInnenklasse aus den Stadien - Leidenschaft, die mit Fangesängen  
voller  
Kraft und Entschlossenheit, gelegentlich auch mit Pyrotechnik ausgelebt  
wird,  
wird kriminalisiert und ist heute nicht mehr erwünscht. Ticketpreise steigen,  
Stehplätze verschwinden und damit verschwindet auch die Leidenschaft und  
die  
ArbeiterInnenklasse aus den Stadien. Dies verdeutlicht sich auch, wenn man  
betrachtet, dass große Teile der Tickets an Sponsoren gegeben werden. Die  
Ultras,  
die für die von allen so geliebte Stimmung im Stadion sorgen, werden von  
den  
Medien kriminalisiert und diskreditiert. Dabei sind sie diejenigen, die allen  
voran ihr Leben für ihren Verein aufopfern, oftmals auf eigene Kasse.

Die Gründe für diese Entwicklung sind ökonomisch begründet.  
Wo Menschen in Massen Interessen entwickeln oder praktisch immer, wenn  
irgendwas cooles im Kapitalismus entsteht, greifen Marktmechanismen und

fangen

an, die Profite maximieren zu wollen und den Spaß zur Ware zu machen - so werden

Merchandise, Werbung und Pay-TV-Übertragungen auf die Plätze gebracht.

Teilhabe

für Menschen der ArbeiterInnenklasse erschwert, da ein soziales Ereignis zu einem finanziellen Problem wird. Ähnlich sehen wir diesen Effekt auch bei der

Kommerzialisierung von Musik, Kunst, Festivals, der Filmindustrie und Ähnlichem.

Hiermit zeigt sich deutlich, aus welchen Gründen wirklich

der Profispielbetrieb nun fortgesetzt wird und dass dies nichts mit sportlichen

Interessen zu tun hat. Der Profifußball wird also nur aus Profitinteressen

fortgesetzt und damit die Gesundheit von SpielerInnen, BetreuerInnen und aller

ArbeiterInnen im Umfeld der Vereine riskiert.

Es gilt nun dafür einzutreten, dass Profisportler\_Innen

durchschnittliche Arbeiter\_Innenlöhne bekommen, Pyrotechnik legalisiert wird

und Ticketpreise reduziert werden, um die Teilhabe der ArbeiterInnenklasse an

sportlichen Ereignissen sicherzustellen.

Aus diesem Grund müssen wir nun gemeinsam als ArbeiterInnen

den Kampf gegen die Kommerzialisierung des Profifußballs und für den Schutz der

Gesundheit aller Beteiligten aufnehmen. Hierzu braucht es Streiks aller

ArbeiterInnen, die für Fußballvereine arbeiten, gemeinsam mit den SpielerInnen.

Dieser Kampf muss gemeinsam mit den Fans geführt werden. Die aktuellen Sportverbände

müssen zerschlagen und ihre Vermögen enteignet werden. Der Profisport muss

unter demokratische Kontrolle der Beteiligten gestellt werden - gemeinsam in Räten von Sportler\_Innen, Fans und anderen UnterstützerInnen.

---

# **Was bedeutet die Corona-Krise für Menschen mit Behinderung\*?**

Die Corona-Pandemie hat Einfluss auf alle Bereiche unseres Lebens. Oft werden dabei aber Menschen mit Behinderung\*, welche schon in „normalen Zeiten“ Opfer von Diskriminierung, Entmündigung und Ausbeutung werden, völlig außen vorgelassen. Um auf die unsichtbar gemachte Lebenssituation dieser Menschen hinzuweisen, haben wir einen Genossen unserer Organisation interviewt, der momentan in einem Wohnheim lebt und in der Altenpflege arbeitet.

Zunächst wollen wir aber noch darauf hinweisen, dass wir den Begriff „Behinderung“ nicht als medizinische Kategorie verstehen, wie es die in kapitalistischen Gesellschaften geläufige Begriffsverwendung ist. Wenn ihr wissen wollt, was es mit dem Sternchen \* auf sich hat, schaut doch mal in diesen Artikel: <https://onesolutionrevolution.de/es-sind-nicht-wir-die-die-behindert-sind-sondern-der-kapitalismus-der-uns-behindert/>.

In vielen Wohnheimen für Menschen mit Behinderung\* gibt es seit Beginn der Pandemie Ausgangs- und

Kontaktverbote.

Da unser Genosse innerhalb des Komplexes eine eigene Wohnung hat, darf er zwar das Gelände verlassen, jedoch keinen Besuch empfangen, auch nicht von der engen Familie oder einer Person. Er lebt dort mit anderen betreuten Wohngruppen zusammen, welchen es untersagt ist, das Gelände zu verlassen, weder zum Spazieren, zum Einkaufen oder mit Betreuung. Dies sorgt dafür, dass die Menschen völlig aus der Normalität gerissen werden und keinerlei Autonomie mehr haben. Sie haben nicht die Möglichkeit, Dinge außerhalb des Grundbedarfs zu erhalten, können kaum Kontakt zu nahstehenden Personen halten oder Hobbys bzw. ihren Berufen nachgehen. Damit einhergehend sind sie also dauerhaft den Betreuer\_Innen und dem beengten Raum der Wohngruppe ausgesetzt und Aussicht auf Lockerung besteht dabei bislang nicht.

Wie bereits erwähnt arbeitet unser Genosse in der Altenpflege und ist auch dort großem Stress ausgesetzt. Gerade in Altersheimen ist die Pandemie eine große Gefahr und dies führt natürlich im Zusammenspiel mit den massiven personellen Notständen und den Maßnahmen gegen die Verbreitung der Pandemie zu einer zusätzlichen Belastung, welche aber mehr als ungerecht entlohnt wird. Wir sind uns alle bewusst, dass der Carearbeitssektor mehr als unterbezahlt ist. Menschen mit Behinderung\* sind davon allerdings sogar noch viel stärker Betroffen. Sie leisten ähnliche Arbeit, wie die anderen Kräfte und haben die gleichen miserablen Arbeitsbedingungen, sowie unregelmäßige Pausen und die gleiche 36-Stunden-

Woche

und erhalten dafür nur ca. 300 Euro monatlich. Ebenso werden sie massiv ausgebeutet und eine bevorstehende Ausbildung immer weiter herausgezögert oder mit fadenscheinigen Ausreden abgelehnt. Vielen wird aufgrund ihrer Behinderung\* der Anspruch auf einen Mindestlohn verwehrt. Ähnliche wie Geflüchtete oder Jugendliche scheinen sie in den Augen des Staates nicht als „vollwertige Menschen“ zu zählen, denen ein Anspruch auf ein überlebensnotwendiges Minimum an Gehalt zukommen würde.

Erschwerend kommt noch die Diskriminierung von Kolleg\_Innen und Arbeitgeber\_Innen hinzu. Unser Genosse berichtete, dass er an seiner alten Arbeitsstelle nicht ernst genommen wurde, seine Arbeit nicht wertgeschätzt oder heruntergespielt wurde, sich des Öfteren über ihn lustig gemacht und die „Drecksarbeit“ an ihm hängen blieb, weil ihm nicht zugetraut wurde, mehr zu schaffen.

Damit schlagen Arbeitgeber\_Innen aus der diskriminierenden Behandlung von Menschen mit Behinderung\* gleich doppelt Profit. Zum einen werden Menschen mit Behinderung\* zu Hungerlöhnen zum Arbeiten verpflichtet und können damit noch billiger ausgebeutet werden als Menschen ohne Behinderung\*. Zum anderen kommen Arbeitgeber\_Innen der Verpflichtung nach, Menschen mit Behinderung\* anzustellen und entgehen so evtl. Strafzahlungen und können teilweise sogar Fördergelder dafür einstreichen. Denn ab einer Betriebsgröße von mind. 20 Angestellten sind Arbeitgeber\_Innen

verpflichtet

ca. 5 % Menschen mit sogenannter „schwerer Behinderung\*“ einzustellen.

Unter all diesen Gesichtspunkten

ist es nun wichtig, sich den Gesetzesentwurf für das geplante „Reha- und Intensivpflegestärkungsgesetz“ anzusehen, in welchem Jens Spahn aktuell versucht,

die häusliche Krankenpflege massiv zu beschneiden. Diese ermöglicht es, pflegebedürftigen Menschen und vor allem Menschen mit Behinderung\*, welche auf

Dauerbeatmung angewiesen sind, ambulant und damit in ihrem gewählten Zuhause zu

leben. Mit Spahns Entwurf soll jedoch nun die stationäre Unterbringung in speziellen Einrichtungen für alle „Versicherten mit einem besonders hohen Bedarf an medizinischer Behandlungspflege“ zur Pflicht werden.

Ausgenommen

davon sind nur Kinder, Jugendliche und Menschen für die das Leben in einer solchen Unterbringung unmöglich oder unzumutbar wäre. Darüber entscheiden

sollen willkürliche Sacharbeiter\_Innen. Offensichtlich hierbei ist, dass das Ziel dieses Gesetzes nicht die Qualitätsversorgung ist, sondern dass es um eine Senkung der Kosten geht. Das Ganze ist jedoch nicht nur diskriminierend, es

entmündigt die Menschen auch massiv und nimmt jegliche Selbstbestimmung und

damit auch ein großes Stück Lebensqualität. Darüber hinaus verdrängt die Isolierung von Menschen mit Behinderung\* aus der Öffentlichkeit in die Heime

diese völlig aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung.

Das ist ein harter Schlag ins

Gesicht für die Behinderten\*bewegung und alle, die gegen die Diskriminierung,

für gleiche Rechte für Menschen mit und ohne Behinderung\*\* kämpfen. Dass solche

Vorschläge von der konservativen CDU vorgebracht werden ist dabei nicht verwunderlich. Wer konsequent die Ansicht vertritt, dass individuelle Leistung die Stellung in der Gesellschaft maßgeblich bestimmt, gewährt Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit auch weniger Persönlichkeitsrechte, degradiert sie so ganz bewusst zu Menschen zweiter Klasse.

Der Sparzwang geht nicht nur in der Pflege von Menschen mit Behinderung\*, sondern im gesamten Sorge,- und Gesundheitssektor um. Er ist Grund für die Unterfinanzierung der Einrichtungen, die miserablen Betreuungsschlüssel in der Pflege und die oft hinfälligen hygienischen Zustände in Krankenhäusern, Heimen, oder auch betreuten Wohngemeinschaften.

Dagegen zu kämpfen hilft uns allen, ob Pflegebedürftig, Pflegend, oder Voll in der Pflege beschäftigt, von einem menschenwürdigen Gesundheits,- und Pflegesystem zu profitieren.

Deswegen ist es wichtig sich mit Menschen mit Behinderung\* zu solidarisieren und dagegen zu protestieren und darum fordern wir:

- Die konsequente Ausfinanzierung der Pflege, sowohl in Einrichtungen als auch in der Heimpflege, für den massiven Aus,- und Neubau von Pflegekapazitäten!
- Mehr Raum für Menschen mit Behinderung\*, damit es möglich ist, sich frei innerhalb von Einrichtungen zu bewegen und dass Platz ist, um infizierte Personen unabhängig von anderen Bewohnern in Quarantäne zu stellen!
- Benachteiligung aufheben,

statt Menschen weiter zu Entmündigen, egal ob beruflich oder im sozialen Leben!

- Das Recht und die Möglichkeit frei zu wählen, ob man zu Hause lebt oder in einer Einrichtung, die man selbst wählt!
- Die Verstaatlichung von Wohnheimen und Pflegeeinrichtungen unter Kontrolle der Beschäftigten und Bewohner\_Innen! Die Betroffenen selbst sollen entscheiden, wie ein gutes Leben mit professioneller Pflegeunterstützung aussieht und nicht die kapitalistische Profitlogik!
- Gleiches Geld für gleiche Arbeit!